

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 116

Nov./Dez. 2023



Asyldebatte:
Im Gleichschritt nach rechts?

INHALT



Abschiebedebatte hat mit Realität wenig zu tun	
Flüchtlingszahlen im Landkreis	3
Kritische Anmerkungen zur Asyldiskussion	5
Landkreis muss sich massiv verschulden	
Millionendefizite beim AKH	7
Kommunales – kurz & bündig	8
Meldungen – fast backward	10
Laternengespräche:	
Entmenschlichung entgegenstellen	12
Rheinmetall – Neues von der Werksfront	14
Alle zusammen gegen den Faschismus ... jetzt wirklich?	
Das Problem heißt Rassismus ...	15
Fast 2000 protestieren gegen AfD-Landesparteitag	
Gegen die „Alternative Wahrheiten“	17
Neues aus der Stadtbibliothek	20
Oskar Ansell – Papierstreifzüge	21
Uwe Pralle – Am Rande der Sprache	22
Witz und Verstand im Celle Theater	23
I.U.S - ein partizipatives Kunstprojekt	24
Diverse Veranstaltungen	25
Revista Minigolf mit Rekorden	26
Kino achteinhalb	27
Kulturveranstaltungen	28

Liebe Lesende,

„Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte“, soll Max Liebermann beim Betrachten eines Fackelzugs zu Adolf Hitlers Reichskanzlerschaft gesagt haben. Die Politik der Ampel-Regierung und der CDU/CSU-Opposition in Sachen Migration lässt uns genau das denken. Wer mit der „Fortschritts“-Regierung irgendeine Hoffnung verbunden hat, sieht sich auf fast allen Politikfeldern ge- und enttäuscht. Wir versuchen ein klitzekleines Bisschen dagegenzuhalten – mit Argumenten.

Das letzte Heft hatten wir mit einem Bild von Eberhard Schlotter aufgemacht, weil die Celle Verwaltungsspitze ihn (= seine Bilder) nach Spanien „abschieben“ wollte. Wie so oft aus Celles Rathaus: eine Luftnummer. Schlotter bleibt.

Die Hälfte der Redaktion war (und ist noch) gesundheitlich angeschlagen; deshalb haben wir's nicht ganz zum Monatsanfang geschafft.

Das nächste Heft gibt's dann Anfang Februar 2024

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 3166, 29221 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.net/>
 erscheint im Februar, Mai, August und November; liegt kostenlos in Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber auch gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE54 2695 1311 0108 0996 98, BIC: NOLADE21GFW

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Stadteilladen Neuenhäusen, Unterwegs, Morlock

Flüchtlingszahlen im Landkreis

„Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben.“ Wer sich nicht auf Schutzgründe berufen könne und keine Bleibeperspektive habe, müsse gehen. „Wir müssen mehr und schneller abschieben.“ So Bundeskanzler Olaf Scholz im Oktober im SPIEGEL-Interview.

Scholz setzte sich damit an die Spitze einer populistischen Kampagne, die eine „Wende in der Migrationspolitik wie dem Asylkompromiss der 1990er Jahre“ verlangt. So soll auch dem Zuspruch, den die AfD in der Wahlbevölkerung genießt, begegnet werden. Es entwickelt sich eine Dynamik, die sich in einem gesellschaftlichen Rechtsruck ausdrückt, der im Gegenteil an der Wahlurne für die AfD einzahlen wird.

Ein Drittel kommt aus der Ukraine

Hier mal einige Zahlen dem Landkreis Celle (ohne Stadt), die deutlich werden lassen, dass die schäbige Kampagne wenig mit der Realität zu tun hat.

Die größte Gruppe unter den 3.264 Geflüchteten, die im Landkreis Celle leben, sind Menschen aus der Ukraine, nämlich 1.123 oder 34 %. Auf dem zweiten Rang der Herkunftsländer liegt Syrien mit 565 Geflüchteten oder 17 %. Knapp dahinter als Herkunftsland der Iran mit 451 Menschen oder 14 %, gefolgt von der Türkei mit 261 Menschen oder 8 %. – Aus 46 weiteren Ländern kommen 706 Geflüchtete oder 21 %.

Das heißt: Zweidrittel der Geflüchteten kommen aus Ländern, in die aktuell überhaupt nicht abgeschoben werden kann. Keine gesicherte Aufenthaltserlaubnis haben aktuell 176 (oder 5 %) der Geflüchteten aus zusam-

men 32 Herkunftsländern. 44 dieser „Geduldeten“ kommen übrigens aus dem Irak, es dürfte sich um vor dem IS geflüchtete Ezid:innen aus dem Shengal handeln. Knapp die Hälfte der Personen im Asylverfahren kommt aus dem Irak, der Türkei, Syrien und Afghanistan, d.h. aus Ländern mit sehr hoher Anerkennungsquote.



Und um das Ganze abzurunden: 1555 der Geflüchteten haben eine Aufenthaltserlaubnis, weitere 114 streben das über das Chancen-Aufenthaltsrecht gerade an.

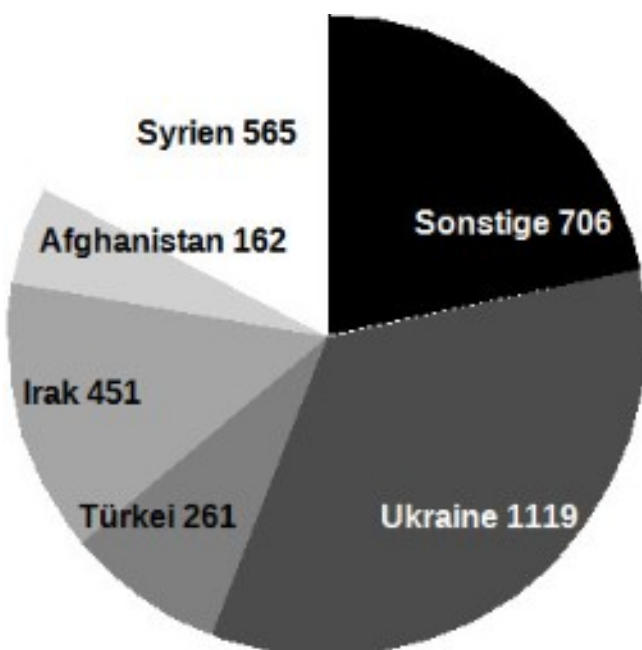
Abschiebungen

Auf eine Anfrage von Dennis Jahn (AfD) antwortete die Kreisverwaltung auf die Frage, wie viele Abschiebungen in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und in 2023 (bis zum 30. Juni) vorgenommen wurden: 2019: 12 // 2020: 5 // 2021: 8 // 2022: 34 // 2023: 16.

In den Erläuterungen zum Haushalt 2024 wird begründet, warum konkret Geduldete nicht einfach abgeschoben werden können:

„Gründe für die Unmöglichkeit, die Ausreisepflicht durchzusetzen, waren am 30.06.2023 bei 76 Personen eine ungeklärte Identität oder fehlende Passersatzpapiere. 19 Personen befanden sich im laufenden Härtefallverfahren und bei 32 Personen besteht ein (faktischer) Abschiebestopp (Irak, Afghanistan, Russland). Für 18 Personen steht eine Ausreise, Abschiebung oder Rückführung im Dublin-Verfahren bevor. 22 Personen haben einen Asylfolgeantrag gestellt, über den noch nicht entschieden wurde. Die übrigen 22 Personen wurden aus unterschiedlichsten „sonstigen“ Gründen geduldet (z. B. Familienangehörige im Verfahren, Strafhaft (bis zur Abschiebung), Krankheit oder weil für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erforderliche Unterlagen noch nicht abschließend vorgelegt worden sind).“

Die Gesetzesverschärfungen der Bundesregierung werden zum einen dazu führen, dass sich die Zahl der Abgeschobenen leicht erhöhen wird. Gravierender aber



zum anderen dürfte sein, dass alle Geduldeten – darunter selbstverständlich auch Kinder und Jugendliche – einem enormen Stress ausgesetzt werden.

Aufnahmequote

Zur Kampagne gehörte auch die Erzählung der überlasteten Kommunen. Ja, die gibt es – aber vor allem wohl da, wo der Kopf in den Sand gesteckt wurde.

Im Celler Land wird in dieser Frage (zumindest bis zum Redaktionsschluss) bisher keine Panikstimmung geschürt. Was beim Blick auf die Anfang Oktober festgesetzte Aufnahmequote auch keine Faktenbasis hätte.

Stadt und Landkreis Celle müssen in den nächsten Wochen und Monaten 759 Personen neu aufnehmen, die Stadt Celle davon 134 und die übrigen Landkreismunicipalitäten 625.

Hier eine Übersicht über die Gemeinden:

Bergen	64
Eschede	38
Faßberg	9
Flotwedel	48
Hambühren	54
Lachendorf	17
Lohheide	3
Südheide	91
Wathlingen	71
Wietze	91
Winsen	139
LK, ohne Stadt Celle	625
Stadt Celle	134
Landkreis gesamt	759

Selbstverständlich wird es für Gemeinden wie Wietze und Winsen schwer, den erforderlichen Wohnraum bereitzustellen. Aber glücklicherweise sind es im Vergleich nicht die Ärmsten.

Kein Mensch ist illegal

Die beabsichtigten Gesetzesänderungen in Deutschland sind nur die eine Seite. Sie ändern nichts daran, dass Menschen aus der Ukraine, Syrien und Afghanistan weiter flüchten. Gravierender dürfte mittelfristig der Ausbau des EU-Grenzregimes mit Lagern an den Außengrenzen werden. Insgesamt aber verschieben sich die Debatten in Richtung Abschottung.

Für flüchtlings-solidarische Menschen bricht als Bündnispartner gerade die grüne Partei (zumindest bei ihren Spitzenfunktionär:innen) vollständig weg. Immerhin dürfte DIE LINKE ohne Wagenknecht in Migrationsfragen hoffentlich wieder glaubwürdig werden.

Für Stadt und Landkreis Celle dürfte wichtig werden, Strukturen wiederzubeleben, die bei Abschiebungen kurzfristige Interventionen ermöglichen. Und es dürfte wichtig werden, dem gesellschaftlichen Rechtsruck gerade auch in der Migrationspolitik zu begegnen: Wie? Daran wäre zu arbeiten.

Die Menschenwürde gilt für alle – auch für Geflüchtete!

Ende Oktober haben sich 154 Organisationen mit einem Appell an die Öffentlichkeit gewandt, der die Schädlichkeit der Forderung nach Leistungskürzungen für Geflüchtete benennt und ad absurdum führt:

Seit einigen Wochen werden beharrlich Sachleistungen und Leistungskürzungen für Geflüchtete gefordert. Dabei erhalten die Betroffenen schon jetzt vielfach lediglich die reduzierten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. In der Debatte werden Gruppen gegeneinander ausgespielt, und die Menschenwürde wird offen in Frage gestellt. Wir lehnen sozialrechtliche Verschärfungen ab und fordern: Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft und die Betroffenen müssen in das reguläre Sozialleistungssystem einbezogen werden.

Mit Bestürzung verfolgen wir die aktuelle politische Debatte über Asylsuchende, die zunehmend von sachfremden und menschenfeindlichen Forderungen dominiert wird. Die Diskussionen über Sozialleistungen sind dafür ein gutes Beispiel. Solange Geflüchtete bedürftig sind, haben sie Anspruch auf das sozialrechtlich definierte Existenzminimum. Nun geht es offenkundig darum, diesen grundlegenden Anspruch Asylsuchender einzuschränken, mit der Begründung, so könne die Zahl der Geflüchteten in Deutschland reduziert werden. Die im Raum stehenden Forderungen reichen von einer generellen Umstellung von Geld- auf Sachleistungen über diskriminierende Bezahlkarten und eine Kürzung des Existenzminimums bis hin zur Forderung, dass kranken Menschen eine medizinische Grundversorgung vorenthalten werden soll.

Diese Debatte suggeriert, Geflüchtete seien die zentrale Ursache für die zweifellos vorhandenen gesellschaftlichen Missstände wie fehlender Wohnraum oder fehlende Schul- und Kitaplätze. Diese haben jedoch andere Ursachen und würden auch bestehen, wenn Deutschland keine Asylsuchenden aufnehmen würde. Geflüchtete werden so zu Sündenböcken für die verfehlte Sozialpolitik der letzten Jahre, ohne dass dadurch die tatsächlich bestehenden Probleme gelöst werden. [...]

Bereits 2012 hat das Verfassungsgericht in einer wegweisenden Entscheidung das Recht jedes Menschen auf ein menschenwürdiges Existenzminimum festgehalten und dafür gesorgt, dass die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zumindest vorübergehend annähernd dem Hartz-IV-Niveau (heute „Bürgergeld“) entsprachen. Zugleich erteilte das höchste deutsche Gericht dem Ansinnen, Sozialleistungen zur Abschreckung Asylsuchender einzusetzen, eine deutliche Absage: „Die in Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“ (Beschluss vom 18.7.2012 – 1 BvL 10/10) Mit anderen Worten: Sozialleistungen dürfen nicht gekürzt werden, um Menschen von der Flucht nach Deutschland abzuschrecken. [...]

Weiter auf Seite 6

Kritische Anmerkungen zur Asyldiskussion

„Die Zahl der Asylbewerber ist erst gesunken, als die Buschtrommeln signalisiert haben - geht nicht nach Baden-Württemberg, dort müsst ihr ins Lager“. (Ministerpräsident Lothar Späth, zitiert nach Schwäbisches Tagblatt 5.5.1982)

„Es strömen die Tamilen zu Tausenden herein, und wenn sich die Situation in Neukaledonien zuspitzt, dann werden wir bald die Kanaken im Land haben.“ (Franz Josef Strauß, zitiert nach Spiegel 17.02.1985)

„Deng Xiaoping hat einmal gesagt: Wenn man die Fenster zu weit aufmacht, kommt auch viel Ungeziefer mit rein.“ (Peter Ramsauer, zitiert nach: FR 14.08.2023)

Wenn es ein Phänomen gibt, welches die Arbeit des Flüchtlingsrats seit seiner Gründung 1984 begleitet, dann ist es das Phänomen des Rassismus. Immer wieder erleben wir diese würdelose Abwertung von Menschen auf der Flucht oder in der Migration, wenn von ihnen als „den Anderen“ gesprochen wird und sie eine entsprechende Behandlung erfahren. Diese Abgrenzung dient der individuellen Ermächtigung – einfach gesagt: Ich fühle mich stärker, wenn ich andere klein mache. Der nationale Schulterchluss dient der Kanalisierung gesellschaftlich erlebter Widersprüche: Mensch möchte Teil einer starken, homogenen Gemeinschaft sein gerade dann, wenn sich die Umgebung als widersprüchlich und kompliziert erweist. Schutzsuchende und Migrant:innen sind meist Opfer dieser Erzählungen und der ihnen folgenden Taten. Insbesondere die sogenannte Asylpolitik steht im Mittelpunkt einer strukturell rassistischen Debatte, in der die Bekämpfung und Begrenzung der Zahl Schutzsuchender zu einem zentralen innenpolitischen Thema gemacht und als Allheilmittel verkauft wird. Nancy Faesers (SPD) Vorschläge zur Ausweisung und Abschiebung ganzer Familien ohne strafrechtliche Verurteilung und die Vorschläge von Frei (CDU) und Gabriel (SPD) für eine Abschaffung des Asylrechts bilden nur die Spitze dieser wieder verschärft geführten innenpolitischen Diskussion.

Dabei ist die bundesrepublikanische Öffentlichkeit zu Flucht und Migration durchaus gespalten. Auf der einen Seite wird lautstark ein Mangel an Arbeitskräften in Deutschland beklagt, der im Produktions- wie im Dienstleistungsbereich zu Ausfällen führt und die Bundesregierung veranlasst, rund um den Globus für eine Arbeitsmigration nach Deutschland zu werben. Auf der anderen Seite klagen vor allem die Kommunen über eine Überforderung bei der Aufnahme von Geflüchteten.

Rechtspopulisten sehen ihre Stunde gekommen: Sie schüren und pflegen lautstark und öffentlich Paranoia über die Zahl der in Deutschland Schutz suchenden

Menschen. Sie betonen Verunsicherung, Überforderung und Sorge um ihre „kulturelle Identität“ – und haben damit Erfolg nicht zuletzt deshalb, weil die sogenannte „Brandmauer gegen rechts“ bröckelt: Zwar wird die formale Abgrenzung überwiegend weiter aufrechterhalten, jedoch ist inhaltlich ein Dissens in der Flucht- und Migrationspolitik immer weniger auszumachen: Die Problemdefinition der AfD zum Themenkomplex „Flucht und Asyl“ beherrscht die öffentliche Agenda, und die von der rechtsradikalen Partei schon 2015 geforderten Schritte („robuste“ Grenzkontrollen, Rückführung, Stärkung von Frontex, Abschiebung in „sichere Drittstaaten“ usw.) sind im Mainstream angekommen. Die AfD frohlockt: „Echte Migrationswende leitet nur die AfD ein!“ Dabei wissen wir: Eine Entrechtung von Geflüchteten bringt nur den Tod ungezählter Menschen auf der Suche nach Schutz und Asyl und treibt sie in die Illegalität.



Nach den letzten Erfahrungen mit Faschisten an der Macht hat Deutschland nur deshalb eine zweite Chance bekommen, weil der Schwur galt: NIE WIEDER! Aufgrund dieser Erfahrungen wurde das Grundrecht auf Asyl in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen. Politisch Verfolgte sollten sich in Deutschland sicher fühlen. Der gesellschaftliche Alltag ist heute geprägt von vielen Menschen, Beheimateten und Neuzugewanderten, denen Solidarität kein Fremdwort ist und die die offene Gesellschaft tagtäglich gestalten. Nur, dass sie in der aktuellen öffentlichen Diskussion wenig Gehör finden.

Trotz der Aufnahme von über einer Million Menschen aus der Ukraine redete in Deutschland bis zum Beginn des Jahres 2023 kaum jemand von einer „Flüchtlingskrise“. Bis dahin war es ein unhinterfragter gesellschaftlicher Konsens, dass die Solidarität mit Geflüchteten nicht in Frage gestellt werden dürfe. Das änderte sich erst, als die Zusammensetzung der Flüchtlingspopulation sich änderte:

Deshalb hat die derzeitige Hetze gegen Schutzsuchende in unseren Augen auch nichts mit den Kapazitäten des deutschen Asylsystems, aber viel mit dem Erstarken der

AfD zu tun. Denn tatsächlich erleben wir einen deutlichen Rückgang der Gesamtzuwanderung. Während die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine drastisch sinkt, ist die Zahl der Asylsuchenden zwar gestiegen: 175.000 Asylsuchende wurden in Deutschland bis Ende Juli registriert. Darunter befinden sich rund 10% hier geborene Kinder und 10% Asylfolgeantragsteller, die sich längst in Deutschland befinden, nach Deutschland zugezogen sind also nur ca. 140.000 Menschen). Aber gemessen an der Gesamtzuwanderung sind Asylsuchende eine kleine Gruppe: Im Jahr 2022 wurden rund 2.666.000 Zuzüge und 1.204.000 Fortzüge über die Grenzen Deutschlands erfasst. Selbst wenn 2023 insgesamt 400.000 Asylsuchende Schutz in Deutschland suchen sollten, wären das nicht mehr als 15% der Zuwanderungszahl von 2022.

Offenkundig hängt die Frage, ob die (menschenwürdige Ausgestaltung der) Zuwanderung als notwendig und sinnvoll oder als belastend wahrgenommen wird, nicht primär von deren Charaktereigenschaften oder Qualifikationen, sondern a) vom (persönlichen) Nutzen ab, dem man sich aus der Hetze gegen Einwandernde verspricht, b) der aktuellen öffentlich-medialen Stimmung, und c) von Status und Hautfarbe der Menschen, die man nicht hier haben will. Die Zuwanderungsdebatte in Deutschland ist von einem strukturell rassistischen Grundtenor geprägt.

Die Aufnahme von Asylsuchenden ist nicht deshalb schwierig, weil so viele Menschen kommen, sondern sie wird schwierig gemacht, weil die Bedingungen nur teilweise auf Integration angelegt sind. Diese Rahmenbedingungen der Flüchtlingsaufnahme verhindern eine schnelle und nachhaltige Teilhabe der Geflüchteten oder machen sie zumindest schwierig. Wir appellieren daher an die Politik, diese Rahmenbedingungen zu verbessern. Die Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten kann dabei in mancher Hinsicht als gutes Modell dienen.

Vorschläge für eine andere Asylpolitik

Um die bestehenden Herausforderungen bei der Aufnahme von Asylsuchenden zu meistern und den strukturellen Rassismus der deutschen Asyl- und Migrationspolitik zu überwinden, schlagen wir folgende Maßnahmen vor (genauer beschrieben unter: <https://www.nds-fluerat.org/57309/aktuelles/kritische-anmerkungen-zur-aktuellen-asyldiskussion/>)

1. Verzicht auf Lagerzwang
2. Verzicht auf Verteilungszwang
3. Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes
4. Bleiberechtsberatung statt Verschärfung der Abschiebungsregeln
5. Nachhaltiger Ausbau des sozialen Wohnungsbaus (auch für Geflüchtete)

Mit diesen fünf einfach umzusetzenden Maßnahmen könnte die Aufnahme Geflüchteter konstruktiv gestaltet werden. Dass stattdessen der extremen Rechten nach

dem Mund geredet wird, zeigt nur, wie billig das Schwert des Rassismus zu führen ist.

Mit Sorge nehmen wir wahr, wie der bundesrepublikanische Mainstream mehr und mehr in den europäischen Chor der Länder einstimmt, die von rechtsradikalen Parteien geführt oder mitregiert werden. Sie alle verfolgen das Ziel, gesellschaftlichen Belastungen und Herausforderungen u.a. durch Sozialabbau in der Krise und durch Ausgrenzung nach unten aus dem Weg zu gehen und Sündenböcke für bestehende Probleme zu präsentieren. Um so wichtiger wird es für uns deshalb in Zukunft sein, uns mit jenen Teilen der Gesellschaft wieder stärker öffentlich zusammen zu schließen, denen die Würde des Menschen unantastbar bleibt und die im Wissen handeln, dass angesichts von Krieg und Klimakrise ein gemeinsames Handeln nötig ist.

240.000 Menschen haben 2018 an der #unteilbar-Demo in Berlin teilgenommen. An die Stärken der damaligen Bewegung ist anzuknüpfen.

Deutschland ist bunt, wir lassen uns nicht spalten und stehen ein für eine Zukunft, die für alle menschenwürdige Perspektiven bereithält.

###

Fortsetzung von Seite 4

Im Übrigen ist die Behauptung, bessere soziale Bedingungen würden zu mehr Schutzsuchenden führen, seit langer Zeit wissenschaftlich widerlegt. Bereits heute erhalten Geflüchtete vor allem in den Erstaufnahmeeinrichtungen drastisch reduzierte Geldbeträge, neben einem Platz im Mehrbettzimmer, Kantinenessen und Hygienepaketen und einer oft unheilvoll verzögerten Gesundheitsversorgung. Kein Mensch, der aus einem Krieg oder vor politischer Verfolgung flieht, gibt die Flucht auf, weil er oder sie in Deutschland demnächst mit noch mehr Sachleistungen leben muss. Wenn in diesem Jahr 2023 das Bundesamt in über 70 Prozent aller Asylanträge, die bis September inhaltlich entschieden wurden, einen Schutzstatus feststellt, wird nur allzu deutlich, dass die Menschen nicht wegen der Sozialleistungen kommen, sondern hier Schutz suchen. Die Behauptung, von den geringen Asylbewerberleistungen würden relevante Geldbeträge in Herkunftsländer überwiesen oder im Nachhinein an Schlepper ausgehändigt, ist zynisch und realitätsfern.

Die Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip garantieren ein menschenwürdiges Existenzminimum – für alle Menschen. [...] Ende Oktober haben sich 154 Organisationen Es kann nicht zweierlei Maß für die Menschenwürde geben. Wir fordern das gleiche Recht auf Sozialleistungen für alle in Deutschland lebenden Menschen, ohne diskriminierende Unterschiede. Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft werden. Die Betroffenen müssen in das reguläre Sozialleistungssystem einbezogen werden.

Millionenlöcher bei Allgemeinem Krankenhaus

Das Allgemeine Krankenhaus (AKH) braucht Millio-nenzuschüsse durch den Landkreis. Die Situation ist neu. Und eigentlich sollte es so auch nicht sein, denn: Zustän-dig für die Investitionen ist eigentlich das Land. Und eigent-lich sollten für Leistungen, die das AKH erbringt ja die Krankenkassen aufkommen. Aber es ist seit Jahren nicht so.

Deshalb hat der Kreistag das AKH schon seit 2018 finanziell mit Liquiditätskredit unterstützen müssen, wo-bei eine zusätzliche Ursache das Missmanagement durch den vorherigen Vorstand Stephan Judick war.

Doch die Krise wird zum Dauerzustand. Der Wirt-schaftsplan prognostiziert für die Jahre bis 2030 jeweils Minusbeträge im Millionenbereich - 2024: 23,2 Mio. // 2025: 19,6 Mio. // 2026: 13,7 Mio. // 2027: 10,2 Mio. // 2028: -9,2 Mio. // 2029: 9,8 Mio. // 2030: 13,8 Mio..

Nun ist das AKH kein Kreiskrankenhaus, sondern eine Stiftung. Da der Landkreis aber gesetzlich „Träger des Sicherstellungsauftrags für die stationäre medizini-sche Versorgung“ ist, wird es jetzt teuer.

Im investiven Bereich sieht es ähnlich aus. Das AKH will einen Neubau errichten. Der zweite Bauabschnitt (siehe Skizze unten BA2) soll 243 Mio. € kosten. Lan-desmittel wurde aber nur in Höhe von 185,2 Mio. € zu-gesagt. Für den Betrachtungszeitraum 2023 bis 2030 rechnet die Kreisverwaltung mit einem Zuschussbedarf in Höhe von fast 76 Mio. € - da auch Investitionen in sonstige Baumaßnahmen, Medizintechnik, Technische Anlagen und EDV anstehen, wofür nach Auskunft des AKH Fördermittel in Höhe von gut 16 Mio. € zugesagt wurden. Das am Siemensplatz geplante Parkhaus ist üb-rigens nicht dabei; wahrscheinlich baut's nicht das AKH,

sondern nutzt es nur.

Die Kreispolitik hat sich in der Vergangenheit lager-übergreifend für den Erhalt des AKH ausgesprochen, und das mit einem möglichst großen Leistungsspektrum. Millionenlöcher zu stopfen heißt allerdings über kurz oder lang: Rotstiftpolitik. Und wenn die von den Ge-meinden finanzierte Kreisumlage erhöht würde, auch dort.

Das Ganze passiert in einer Situation, in der nicht ab-sehbar ist, welche Auswirkungen die Krankenhausre-form der Bundesregierung auf die Krankenhausland-schaft in Niedersachsen haben wird. Der AKH-Vorstand und -Aufsichtsrat streben an und gehen davon aus, soge-nannter „Maximalversorger“ zu werden – d.h., alle aktu-ellen Leistungen auch mittelfristig anbieten zu können. Wieviel Betten dafür zukünftig erforderlich sind, ist eine offene Frage. Aktuell arbeitet das AKH mit rund 600 Betten, eine Reduzierung auf 400-500 ist wahrschein-lich.

Wie die finanzielle Situation sich bezogen auf die an-gebotenen Leistungsgruppen darstellt, ist aktuell Gegen-stand eines Gutachtens. Wie überall im Land sind die Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe und die Kin-derklinik in finanzieller Hinsicht wohl problematisch. Nur genau darauf würde wohnortnah niemand gern ver-zichten.

Die Lauterbachsche Reform lässt unterm Strich nicht allzuviel erwarten. In einer Studie für die Rosa-Luxem-burg Stiftung meint Dietmar Lange:

„Die Krankenhäuser sollen weiter durch verschiedene Anreize zur Gewinnerzielung dazu angehalten werden, das Richtige zu tun, die Strukturvorgaben dienen vor al-

lem dazu, kleinere Häu-ser mittels strikterer Vor-gaben vom Markt auszu-schließen. [...] Die Selbstkostendeckung wird hingegen katego-risch abgelehnt, dabei liegt diese eigentlich nahe [...] Es wird ermit-telt, was benötigt wird, das Notwendige geplant und schließlich zweckge-bunden finanziert. Aller-dings müsste hierbei eine andere Prämisse gelten, nämlich das Primat des gesellschaftlichen Be-darfs und nicht das der Ressourcenknappheit.“



Neuer allerland-Chef

Lasse Laging heißt der neue Geschäftsführer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft allerland. Der 36-Jährige war zuletzt Geschäftsführer der „Dachstiftung Diakonie, Gifhorn“, zuständig für das Immobilienmanagement.völlig offen ist dagegen, warum im Juli der allerland-Geschäftsführer Manfred Lork gehen musste. In der Celleschen war zu lesen: „Die Hintergründe sind noch unklar, nur eines scheint festzustehen: Im Guten ist man nicht auseinandergegangen. [...] Offiziell unbestätigten Informationen aus Ratskreisen zufolge soll es in Lorks Umfeld zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein, die jetzt Gegenstand eines juristischen Verfahrens werden sollen.“ Von der Stadt gab es bis heute gegenüber der Öffentlichkeit keine einzige Information zu den Gründen.

Brandmauer

Mit 20:17 Stimmen beschloss der Rat im Oktober, einen Antrag der "Gruppe für Nachhaltigkeit und Vielfalt" von der Tagesordnung zu nehmen. Mit ihrem Antrag wollte die Gruppe, dass der Kollersche Wald in seiner Gesamtheit Landschaftsschutzgebiet wird. Mittlerweile ist das auch die Haltung der Verwaltungsspitze und hat im Rat eine Mehrheit. Also kein Konfliktfeld. Zur Ratssitzung waren trotzdem viele Bürger:innen gekommen. Für die Gruppe begründete Karin Abenhausen, dass es genau deshalb doch sinnvoll sei, die Argumente in der Ratssitzung auszubreiten. Die rechte Seite im Rat hatte darauf keine Lust. Aber nur mit den drei Stimmen der AfD-Fraktion fand der CDU-Absetzungsantrag eine Mehrheit. Was die CDU-Fraktion selbstverständlich wusste.



Beschäftigung – Schlusslicht Celle

Am 31.03.2022 gab es im LK Celle 58.729 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; darunter 28.759 Frauen (= 49,0 %) und 5.614 Ausländer:innen (= 9,6 %). Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten betrug 19.009 (= 32,4 %). Im Vergleich zum 31.12.2015 war die Zahl der Beschäftigten um 6,3 %-Punkte gewachsen. In der statistischen Region Lüneburg hat Celle beim Wachstum gegenüber 2015 die "rote Laterne"; Harburg, Cuxhaven, Osterholz und Verden etwa wuchsen um über 20 %.

Stadtradeln

Der Kreistag hat mit dem Beschluss des integrierten Klimaschutzkonzeptes auch die Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb STADTRADELN festgelegt. Mit Ausnahme der Gemeinden Eschede, Hambühren und Winsen (Aller) haben alle Kommunen im Kreisgebiet eine Teilnahme im Jahr 2024 zugesagt. Eine zentrale Auftaktveranstaltung, zu der die Teilnehmenden aus den Landkreiskommunen mit einer Sternfahrt per Fahrrad anreisen wollen, wird für den 5. Mai in Celle geplant.

Öko-Landbau / Celle nur 2,3 %

Mit einem Öko-Flächenanteil von 2,3 % liegt der Landkreis Celle im Ranking der 45 niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte auf Platz 36. Spitzenreiter ist Lüchow-Dannenberg (18,8 %), vor Lüneburg (14,4 %) und dem Heidekreis (14,1 %). Das ergab eine Antwort des Landwirtschaftsministeriums auf die Anfrage zweier CDU-Abgeordneter zur "Entwicklung im Bereich der Biolandwirtschaft in Niedersachsen". Nach den aktuellsten Daten (Stand 31.12.2022) liegt die gesamte Fläche in Niedersachsen bei 147 931 ha (5,7 %) und die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe bei 2 605 (7 %). Positiv habe sich die Zahl der insgesamt öko-zertifizierten Unternehmen (einschließlich Verarbeitung, Handel, Importeure u. a.) entwickelt: Stand 31.12.2022 waren es in Niedersachsen 4 514 Betriebe (einschließlich der o. g. Landwirtschaftsbetriebe); dies bedeutet einen Zuwachs um 9 % gegenüber dem Jahr 2021. Relevant für die Beurteilung der aktuellen Marktposition und für die zukünftigen Marktchancen des Ökolandbaus in Niedersachsen wäre auch folgendes: Zwar deckt Niedersachsen z.B. bei Bio-Eiern, -Tafeläpfeln und -Kartoffeln mit 42 %, 20 % und 26 % bereits hohe Marktanteile der bundesweiten Gesamtzeugung ab. Andererseits sind für bestimmte Bio-Erzeugnisse bundesweit weiterhin sehr hohe Importanteile festzustellen, wie z.B. für Bio-Möhren (40 %) sowie für Bio-Milch und Kartoffeln (je 20 %), was Entwicklungspotenziale für die niedersächsischen Ökobetriebe zeigt.

Jugendkonferenz – Busse auch nachts

Bessere Busverbindungen war das Topthema der 4. Celler Jugendkonferenz schon im Juni unter Regie von CD-Kaserne, Stadt Celle und gefördert vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“. Topthema aus Sicht der 77 Konferenzteilnehmern der Klassenstufen 8 bis 13 aus folgenden Schulen und Einrichtungen: IGS Celle, OBS Westercelle, KAV-Gymnasium, Hölty-Gymnasium, Ernestinum, BBS 1 und 2, OBS Eicklingen, IKG Lachendorf, evangelischer Kirchenkreis Celle - war: der ÖPNV. „Hier reichten die Vorschläge und Wünsche von mehr Buslinien (auch nachts), mehr Personal mit Sicherheitsschulung über eine Navigations-App bis hin zu einem „Runden Tisch“ mit den Schulen, um die Bedarfe besser auszuloten und neu zu verhandeln,“ so die PM der Stadt Celle. – Nun ist es leider so, dass die Stadtverwaltung sich im Rahmen der Neuausschreibung des ÖPNV zum Jahr 2025 um eine Verbesserung des Abendbusverkehrs überhaupt nicht interessierte. Es soll beim Angebot des Anruf-Sammel-Taxis (AST) bleiben. Und das ist mit 3,60 EUR für die kürzeren Strecken für Jugendliche einfach zu teuer.

Kollerscher wird LSG

Der Kollersche Wald in Klein-Hehlen soll Landschaftsschutzgebiet werden. Der überraschende „Move“ der Verwaltungsspitze: Unter Würdigung der Einwände der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange wurde die Ausparung eines 30 m Streifens entlang der Zugbrückenstraße zu Zwecken der Bebauung zurückgenommen. Der Besitzer, die Winser Lindhorst-Gruppe reagiert prompt. In einer PM: „Lindhorst Gruppe will mit Kompromissvorschlag einvernehmliche Lösung erzielen“. Danach will die Lindhorst Gruppe freiwillig für einen Zeitraum von zehn Jahren darauf verzichten, ein Bauleitplanverfahren für das Areal einzuleiten. Das Grundstück soll in diesem Zeitraum öffentlich begehbar sein. Weiter akzeptiere die Lindhorst Gruppe forstwirtschaftliche Einschränkungen in diesem Zeitraum. Die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet würde im anderen Fall juristisch geprüft.



Aus dem Rathaus kam offiziell dazu nicht. Die entsprechende Beschlussvorlage wurde dann doch von der Tagesordnung der Ratssitzung am 12. Oktober genommen, aber wohl gerade um angesichts der Lindhorst-Drohung keinen Fehler zu machen. Denn es gab ein Versäumnis im verfahren. Vor Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet muss der uralte Flächennutzungsplan geändert werden, der eine Bebauung nicht ausschließt.

Immerhin: Oberbürgermeister und Verwaltung scheinen den Wald als für die Klimaresilienz wichtige grüne Insel für die Allgemeinheit erhalten wollen und nicht nur als "Reservebaugelände". Besser wäre sicher eine Ausweisung als Naturschutzgebiet gewesen, wofür sich die Klimaplattform einsetzt. Sinnvoll wäre alternativ auch ein Erwerb durch die Stadt und Ausweisung als städtischer Schutzwald. Beides aktuell nicht durchsetzbar. Deshalb werden Verwaltung, Politik und Öffentlichkeit dann in Folge ein waches Auge auf die "Forstwirtschaft" des Besitzers haben müssen.

Zum Beteiligungsverfahren waren übrigens 70 Einwendungen eingegangen, die sich zumeist gegen die Ausnahme des 30-Meter-Streifens wandten. Zur Ratssitzung machte eine kleine Ansammlung mit Transparenten auf ihre Forderungen aufmerksam.

Bahn setzt weiter auf Neubaustrasse

„Groß war zunächst die Zuversicht, bevor sie bitter enttäuscht wurde,“ schrieb das Aktionsbündnis gegen Trassenneubau im September zu den neuesten Meldungen rund um Alpha E und Neubaupläne. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hatte gemeldet, dass eine Neubaustrecke zwischen Hamburg und Hannover zunächst vom Tisch sei und Bahn, Bund und Land sich auf eine Sanierung des Eisenbahnnetzes in dieser Region geeinigt hätten.

Doch dann dementierte das Bundesverkehrsministerium die medial verbreitete Interpretation der jüngsten Gesprächsergebnisse und legte besonderen Wert darauf, deutlich zu machen, dass eine Neubaustrecke durch die Lüneburger Heide eben nicht erledigt sei – im Gegenteil.

Zwar soll nun ab 2029 der Bestandsausbau im Sinne der Forderungen vieler Bürgerinitiativen und Politiker:innen

verschiedenster Parteien erfolgen, doch gleichzeitig ist die Bildung von Arbeitsgruppen und die Durchführung von Dialogprozessen vorgesehen, die die Schaffung weiterer Kapazitäten vorbereiten. Bahn und BMVI behaupten, dass diese allein durch den Neubau von Hochgeschwindigkeitstrassen möglich wäre.

Die Bewertung des Aktions-

bündnisses: „Unterm Strich bedeutet das: Beim Dialog mit der Bevölkerung würde es dann nur noch um das Wie der Umsetzung von Neubauplänen gehen und nicht mehr um das Ob. Argumente gegen einen Neubau würden schlicht übergangen und überhaupt nicht erst thematisiert werden. Das ist natürlich praktisch, wenn man sie nicht entkräften kann und auch kein Interesse an einer ernsthaft sinnhaften Lösung für die betroffenen Menschen hat. Aber es ist das Gegenteil von dem, was fachlich richtig und moralisch vertretbar ist.“

Im Oktober erreichten die Stadt Celle und die Stadt Bergen Schreiben der DB, in denen sie sich klar zum Trassenneubau, obwohl ihr nach wie vor noch kein politischer Auftrag für diese Planung vorliegt. Die beiden Städte wurden aufgefordert, Stellung zu einer langen Liste an Kreuzungspunkten und Wirtschaftswegen zu beziehen.

Bergens Bürgermeisterin Dettmar-Müller dazu: „Bevor wir uns als Träger öffentlicher Belange zu konkreten Projektinhalten äußern, muss es erst einmal ein offizielles Planungsverfahren geben – und dafür benötigt die Deutsche Bahn den Planungsauftrag vom Bund, der nach wie vor nicht vorliegt.“



----- 01.09.2023 -----

Antikriegstag

Anlässlich des Antikriegstages am gestrigen 1. September fand in Celle eine Veranstaltung unter dem Motto "den Krieg verraten" statt. "Rheinmetall entwaffnen" und der "Arbeitskreis Internationalismus Celle" zeigten am Abend einen Film im Triftpark und boten Raum für Diskussion und Austausch, den über 30 Menschen wahrnahmen.

In der Dokumentation ging es um den Widerstand von Frauen in Großbritannien gegen die Stationierung amerikanischer Atomraketen in den 1980er Jahren. „Schon immer haben Menschen den Krieg verraten: ob zu desertieren, den Kriegsdienst zu verweigern oder sich der Stationierung oder der Ausfuhr von Waffen in den Weg zu stellen. Es gibt viele mutige Beispiele in der Geschichte und heute gegen die Kriege der Herrschenden,“ stellte Luisa Wolf für die Veranstalter:innen fest.

----- 04.09.2023 -----

Letzte Generation

Neun Aktivist:innen der Gruppe "Letzte Generation" haben in Celle den Verkehr behindert. Zudem wurde die Albrecht-Thaer-Statue mit orangener Farbe überschüttet. Die gegen 8 Uhr gestartete Aktion im Bereich der Bahnhofstraße und des Thaerplatzes brachte den Berufsverkehr kurzzeitig erheblich ins Stocken. Die Polizei konnte aber sieben Aktivist:innen innerhalb kurzer Zeit von der Fahrbahn entfernen. In einem Fall mussten Einsatzkräfte der Feuerwehr einen Aktivist:innen mithilfe eines Meißels vom Asphalt lösen. Insgesamt dauerten die Verkehrsbehinderungen in dem Be-

reich laut dem Polizeisprecher etwa 80 Minuten. Gegen die neun Aktivist:innen wurden Strafanzeigen - unter anderem wegen Nötigung und wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Zusätzlich ermittelt die Polizei gegen einen weiteren Aktivist:innen wegen Sachbeschädigung. Die "Letzte Generation" äußerte sich so: „In Celle finden seit heute Morgen, 4. September, verschiedene Proteste von Unterstützer:innen der letzten Generation statt. Momentan zwei Verkehrsblockaden und eine symbolische Farbaktion an der Albrecht-Thaer-Statue. Diese ist nun orange und verziert mit Porträts, der in Bayern Inhaftierten von der Letzten Generation. Damit soll deutlich gemacht werden, dass sie für uns wahre Heldinnen und Helden sind. Aktuell befinden sich 27 Menschen in den JVA's in Bayern, weil sie für die Einhaltung der Verfassung protestiert haben. Die Inhaftierungen sind kein Resultat eines ordentlichen Gerichtsprozesses mit Beweisaufnahme.“



----- 04.09.2023 -----

PKK-Prozess am OLG

Mit Protesten begann vor dem Staatsschutzsenat am OLG Celle die Hauptverhandlung gegen den kurdischen Aktivist:innen Mehmet Çakas wegen mutmaßlicher „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)“. Die Initiativen "Women Defend Rojava" und "Defend Kurdistan" forderten vor dem Gerichtsgebäude die Einstellung des Verfahrens und die Freilassung von Mehmet Çakas.



Die PKK ist seit 1993 in Deutschland nach dem Vereinsgesetz verboten. Dieses Verbot bildet die Grundlage zur Kriminalisierung von Kurd:innen und hält bis heute an. Eine weitere Grundlage ist der §129a/b, der seit 2011 auch gegen vermeintliche PKK-Mitglieder verwendet wird. Es herrscht ein Generalverdacht des sogenannten "PKK-Bezuges" bei jeglicher politischer, kultureller und sozialer Aktivität, die mit der kurdischen Identität verbunden ist. - So wurden in der Verlesung der Anklageschrift Mehmet Çakas auch keine individuellen Straftaten vorgeworfen, die Anklage beruht lediglich in dem Vorwurf der PKK-Mitgliedschaft.

----- 08.09.2023 -----

Gedenkstein

Der Ortsrat Neuenhäusen gedenkt in der Triftanlage mit einem Gedenkstein der Opfer von Gewalt im Stadtteil und spricht sich für Vielfalt und mehr Toleranz aus. Am 7. April 2020 wurde Arkan Hussein Khalaf von einem Mann auf der Bahnhofstraße mit einem Messer getötet. Arkan war erst 15 Jahre alt und lebte seit 2015 in Celle, nachdem er mit seiner Familie vor dem Völkermord des IS aus Şengal nach Deutschland geflüchtet war. Die Initiative „Gedenken an Arkan“ wandte sich an den Ortsrat Neuenhäusen mit der Bitte, nach Arkan einen Weg, Straße oder Platz zu benennen und begründete es damit, dass „die Stadtgesellschaft für die Hintergründe solcher Gewalttaten – wie Rassismus und Diskriminierung – sensibilisiert werden sollte.“

Der Ortsrat nahm die Anregung auf und entwickelte daraus die Idee, mit einem Gedenkstein schräg gegenüber der Stele, die an das Massaker vom 8. April 1945 erinnert, aller Opfer von Gewalt im Stadtteil zu gedenken und gleichzeitig für mehr Toleranz in der Gesellschaft aufzurufen.

Bei der Verlegung des Gedenksteins



dankte Ortsbürgermeister Dr. Jörg Rodenwaldt den anwesenden Mitgliedern des Ortsrates, der einstimmig für den Gedenkstein gestimmt hatte.

----- 24.09.2023 -----

Kidical Mass

Wie in über 370 Städten in Deutschland fuhr auch in Celle Kinder und Erwachsene durch die Straßen und forderten sicherere Straßen für alle. In Celle waren 55 Teilnehmende dabei.

„In Deutschland gibt es mehr Autos als je zuvor. Wenn alle gleichzeitig einsteigen würden, bräuchte niemand hinten zu sitzen“, sagte Michael Weinrich, einer der Organisatoren der Kidical Mass und ergänzte „Aber zu 95 % der Zeit stehen diese Fahrzeuge nur herum – und beanspruchen den Platz von über 90.000 Fußballfeldern. Wenn wir aber mehr und breitere Fahrradwege fordern, heißt es: Dafür haben wir keinen Platz!“

Nach einer Fahrt durch die Straßen der Celler Altstadt stoppte der Demozug am Brandplatz. Während die Kinder ihr Können begeistert auf einem Fahrradparcours zur Schau stellten, gab es für die Erwachsenen weitere Informationen, zum Beispiel, dass in Helsinki kein Schulkind im Verkehr getötet wurde, seitdem dort ein Tempolimit von 30 km/h in der Stadt gelte. Besonders wurde kritisiert, dass in Celle gerade kontraproduktive Maßnahmen durchgeführt wurden: „Es kann doch nicht sein, dass hier die Eltern-Taxis noch gefördert und noch dichter an die Schulen geführt werden sollen“, sagt Claus Stahl, der von Anfang an die Kidical Masses in Celle mit organisiert.

----- 02.10.2023 -----

Schluss mit Privatjets

Mehr als 75 Organisationen haben in einem Offenen Brief nationale und europäische Entscheidungsträger aufgefordert, Privatjets zu verbieten und Vielflieger zu besteuern. Die Celler Initiative „Land in Sicht – Transition“

unterstützt die Kampagne. Der Offene Brief wurde von zivilgesellschaftlichen Organisationen unterzeichnet, darunter nationale Organisationen von Friends of the Earth, Corporate Europe Observatory und Stay Grounded, das selbst ein internationales Netzwerk von über 200 Organisationen ist.

Cornelia Döllermann-Nölting, Sprecherin der Celler Gruppe: „Die Superreichen sind auch super-klimaschädlich – das belastet uns alle und brennt unseren Planeten nieder.“

Die Kampagne verweist auch auf den globalen Zusammenhang: Nur 1% der Weltbevölkerung verursacht 50% aller Flugemissionen, wobei über 80% der Menschheit noch nie einen Fuß in ein Flugzeug gesetzt hat. Die meisten davon sind Menschen, die am härtesten von der Klimakatastrophe betroffen sind. Döllermann-Nölting: „Deshalb ist höchste Zeit, diesen Wahnsinn zu stoppen.“

----- 12.10.2023 -----

El Sur Resiste

Der 12. Oktober wurde von dem indigenen Regierungsrat (CNI, Mexiko) als Tag des Widerstands und der indigenen Würde ausgerufen. Der Tag markiert den Beginn der Kolonialisierung Amerikas durch Christopher Kolumbus im Jahr 1492. Indigene Völker mussten ihre Lebensgrundlagen verteidigen, Institutionen wurden zerstört sowie Sprachen, Kulturen und Traditionen vernichtet.

In Celle machte der Arbeitskreis Internationalismus auf die Situation der indigenen Völker aufmerksam und brachte dazu Plakate im Stadtgebiet an. „Auch wir sehen was passiert, wenn Unternehmen die natürlichen Ressourcen unkontrolliert ausbeuten. Ein Beispiel ist Coca-Cola in Lüneburg und der erfolgreiche Protest gegen die Nutzung weiterer Brunnen zur Gewinnung von Trinkwasser. Wir wollen, dass die Politik Verantwortung übernimmt und Fluchtursachen bekämpft. Dazu gehört, dass Investitionen in diese Projekte, wie beispielsweise die Beteiligung der Deutschen Bahn am Projekt „Tren Maya“, gestoppt wird“, sagt Lisa Buchholz vom Arbeitskreis. „Zäune an Europas Außengrenzen und moralisch verwerfliche Abkommen mit Drittstaaten werden die Menschen nicht aufhalten,



wenn die Lebensgrundlagen in ihrer Heimat zerstört worden sind. Auch deshalb müssen wir alles tun, um die Klimakatastrophe einzudämmen.“

----- 21.10.2023 -----

Nazi-Kundgebung

Mit 13 Teilnehmern demonstrierte die „Heimat“-Partei, vorher NPD, gegen die – so die Nazis – „jüngsten Pläne in der Celler Innenstadt eine Moschee zu eröffnen, die als Anknüpfungspunkt für Jugendliche dienen soll“. Zwischen 11 Uhr und 14 Uhr präsentierten sie sich zunächst auf der Stechbahn vor dem Alten Rathaus und anschließend in der Zöllnerstraße. Die Polizei teilte weiter mit: „Neben der eigentlichen Veranstaltung wurde bereits in den Tagen zuvor im Stadtgebiet Aufkleber entdeckt, die in ihrem Erscheinungsbild der politischen Gruppierung „Die Heimat“ zugeordnet werden können. In der Nacht vor der Demonstration konnte die Polizei Personen kontrollieren, die entsprechende Aufkleber bei sich führten.“ Aufmerksame Bürger:innen hatten die Aufkleber dann schon bis Sonntag Nachmittag entfernt.

Fotos und weitere Infos unter: <https://recherche-nord.com/gallery/2023.10.22.html>



Entmenschlichung entgegenstellen



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: Es ist mir schon ein Rätsel, wie einer derart entgrenzt brutalen Mörderbande Sympathien zufliegen können.

Die Dicke: Die Hamas und ihre Sympathisanten bewegen sich in einem geschlossenen antisemitischen Weltbild. Und – mal Sartre: „*Der Antisemit ist der Mensch, der ein unbarmherziger Felsen, ein rasender Sturzbach, ein vernichtender Blitz sein will: alles, nur kein Mensch.*“

Oma Lilo: Über Antisemitismus habe ich jetzt in der Diskussion nochmal was gelernt. Und zwar, dass Antisemitismus nicht einfach als Unterkategorie von Rassismus gedacht werden sollte. Denn im Unterschied zu einem rassistischen Blick, der ja tendenziell immer einer von oben nach unten ist, wird den Juden ja nicht nur alles mögliche zugeschrieben, sondern eben auch und vor allem: Macht.

Oma Lilo: In der Berliner Clubszene sollen die Awareness-Flyer ja auf das Ausschlusskriterium Antisemitismus verzichten. Wie sieht's im Bunten Haus aus? Weißt du das, Jonas?

Klein Jonas: Steht drauf – kein Ort für Antisemitismus.

Oma Lilo: Celle hatte ja auch eigentlich nie eine richtiggehende Anti-Imp-Szene, oder?

Der lange Lulatsch: Nee, immer nur einzelne Figuren, die dann aber z.B. auch zu „9/11 truthers“ wurden. Aber deshalb gab's vielleicht eben auch keine Anti-Deutschen-Zirkel.

Die Dicke: Aber die Linke wird nicht darum herkommen, sich mit linksgestricktem Antisemitismus zu befassen. In einigen Nischen ist ja schon zu beobachten, wie schwer man sich dort tut, den Hamas-Überfall als eliminatorische Barbarei zu bewerten.

Der lange Lulatsch: Was ist für dich „Die Linke“? Nimmst du die Partei, sind die Erklärungen doch weitgehend korrekt. Dann hast du die Presse. Was ich da lese, also Analyse & Kritik, Neues Deutschland, Jacobin – alles okay. Klar, die Junge Welt ist, wie nicht anders zu erwarten, in vielem eher schräg. Und Gruppen? Wen gibt's dann da noch?

Die Dicke: Die Interventionistische Linke?

Der lange Lulatsch: Ah ja. Ich finde die haben eine sehr gute Erklärung verfasst. Ich zitiere mal: „*Es war ein antisemitischer Angriff, dessen erklärtes Ziel es war, jüdisches Leben als solches auszulöschen. Für diese Taten gibt es keine Rechtfertigung. Sie stehen dem, was wir wollen und wofür wir kämpfen, diametral entgegen. Wer das als Teil des legitimen Widerstands gegen eine unzweifelhaft bestehende israelische Unterdrückungs- und Besatzungspolitik rechtfertigt, ist für uns kein Partner im Kampf für eine freie und solidarische Gesellschaft.*“ Und ganz am Ende: „*Als radikale Linke im Land der Täter*innen der Shoah gibt es jetzt viel, was wir falsch machen können. Deshalb haben auch wir in der Vergangenheit zu oft nichts getan. Nun ist es aber explizit richtig, unsere Trauer um die Opfer in Israel und Palästina zum Ausdruck bringen. Wir wollen uns der Entmenschlichung und der*

Abwertung von menschlichem Leben entgegenstellen, egal von wem sie ausgeht und in welcher Form sie daherkommt. Beispiele von jüdisch-arabischer Solidarität in Israel trotz der extrem angespannten Situation gerade machen uns Mut. Wir stellen uns an die Seite derer, die den Kampf und die Hoffnung auf ein besseres Leben in Frieden, Gleichheit und Selbstbestimmung für alle in Israel/Palästina nicht aufgeben wollen – so realitätsfremd das gerade auch erscheinen mag.“

Oma Lilo: Klar, es sind in den großen Städten nur kleine Politgruppen, die sich den migrantisch getragenen Solidaritätsdemos anschließen. Aber irgendwie ist halt auch tradiert, dass es sich bei den Palästinenser:innen um DIE unterdrückte Gruppe überhaupt handelt.

Die Dicke: Aber jetzt muss endgültig klar sein, dass es zu Gruppen wie Hamas nur eine klar Abgrenzung geben kann.

Der lange Lulatsch: Ich denke auch, dass sich das so durchsetzen wird. Nur, das kann eben nicht heißen „bedingungslose Solidarität mit Israel“, denn selbstverständlich muss das militärische Vorgehen Israels im Gaza-Streifen kritisiert werden dürfen.

Oma Lilo: Man kann nur die Hoffnung haben, dass die „normalen Leute“ auf Lösungen drängen, die ein halbwegs friedliches Nebeneinander ermöglichen.

Die Dicke: Zwei-Staaten-Lösung?

Oma Lilo: Könnt ihr euch noch an Hermann Gremliza erinnern. Der hatte ja die Losung: Palästina möge bitte der letzte Staat sein, der neu entsteht, und Israel der letzte, der als Staat verschwindet.

Der lange Lulatsch: Moshe Zuckermann befürwortet ja zunächst als Zwischenlösung die Gründung eines Palästinenserstaates, der dann langfristig mit Israel eine Konföderation eingehen solle.

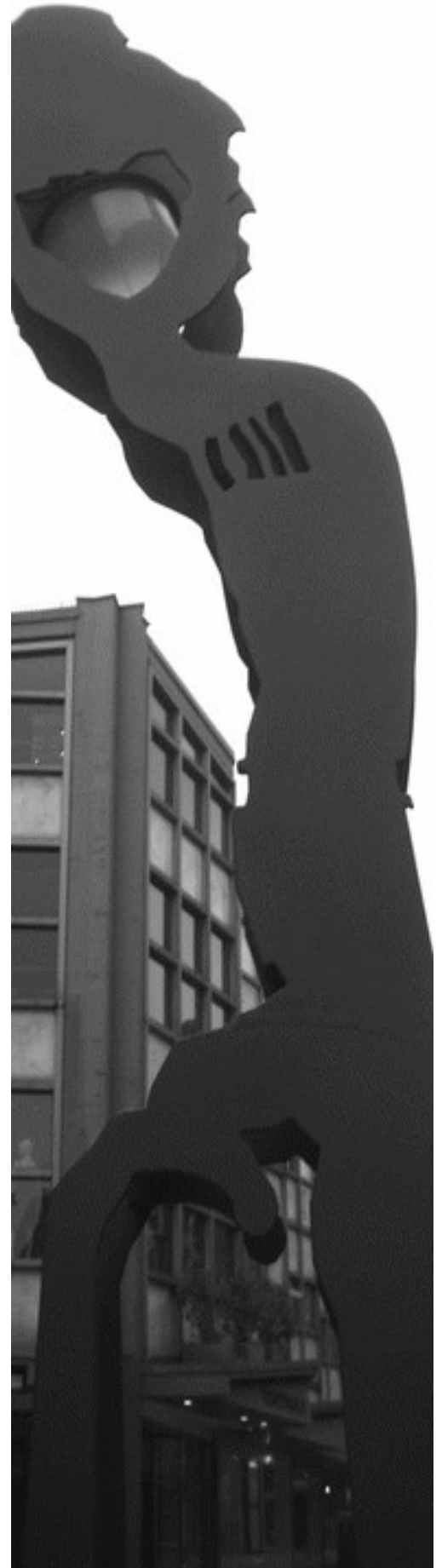
Der Besserwisser: Schön, dass wir keine Außenpolitiker sind.

Die Dicke: Wichtig scheint mir noch, was Deborah Feldman gerade gesagt hat: *„Es darf jetzt nicht heißen: Juden gegen Muslime – es muss heißen: Menschenrechte und Menschenwürde“*, denn sie sei der festen Überzeugung, *„dass es nur eine einzige legitime Lehre des Holocaust gibt. Und das ist die absolute bedingungslose Verteidigung der Menschenrechte für alle.“*

Der Besserwisser: Nur sind die „Menschenrechte“, für deren Verteidigung sie plädiert, in der Perspektive des globalen Südens halt ein Projekt des „Westens“.

Der lange Lulatsch: Jetzt lass uns nicht noch das Fass „Postkolonialismus“ aufmachen.

Die Dicke: Nee, lieber ein anderes Mal.



Link zum Beitrag der Interventionistischen Linke:

<https://interventionistische-linke.org/beitrag/zum-krieg-israelpalaestina>



LYNX in Ungarn

Rheinmetall hat am 18. August 2023 offiziell eine neue Fabrik in Zalaegerszeg eröffnet. Der Schwerpunkt des Joint Ventures Rheinmetall Hungary Zrt. liegt auf der Entwicklung und Herstellung von Ketten- und Radfahrzeugen für die ungarischen Armee, insbesondere des neuen Lynx Schützenpanzers. Innerhalb der nächsten Jahre sind am Standort Zalaegerszeg rund 350 neue Arbeitsplätze geplant. Die vertragliche Vereinbarung umfasst 209 Lynx KF41 in 7 Varianten, 18 Unterstützungsfahrzeuge unter anderem des Typs Bergepanzer drei Büffel und 38 militärische LKW.

Luna NG – Drohne für die Ukraine

Noch im laufenden Jahr wird Rheinmetall den ukrainischen Streitkräften im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland ein System zur luftgestützten Aufklärung ausliefern. Der im August erteilte Auftrag beläuft sich auf einen niedrigen zweistelligen Mio. EUR-Wert. „Das Unmanned Aerial System (UAS) LUNA NG besteht aus einer Bodenkontrollstation mit mehreren Fluggeräten, den Unmanned Aerial Vehicles (UAVs, „Drohnen“). Zum System gehört weiterhin das Startkatapult, eine optionale Fangnetzausstattung zur Landung sowie Geräte zur raschen Instandsetzung. Alle Systemanteile sind auf LKW des Typs HX mit Wechselladesystem aus dem Hause Rheinmetall MAN Military Vehicles verlastet. Die LUNA NG-Drohne bietet dank ihrer aerodynamischen, ultraleichten sowie hoch-stabilen Bauweise eine Flugzeit von über zwölf Stunden. [...] Das jetzt beauftragte LUNA NG-System für die Ukraine ist Teil eines umfangreichen Hilfspaketes, welches die Bundesregierung im Juli 2023 für das Land auf den Weg gebracht hat.“

Rüstungsexporte auf Rekordkurs

In den ersten drei Quartalen hat die Bundesregierung bereits Ausfuhren von Waffen und militärischer Ausrüstung im Wert von 8,76 Mrd. Euro genehmigt und damit mehr als im gesamten Vorjahr (8,36 Mrd.). Bis zum Der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2021 betrug 9,35 Mrd. Euro. Mehr als ein Drittel der Exportgenehmigungen entfallen jetzt auf die Ukraine mit 3,3 Milliarden Euro. Knapp die Hälfte der Rüstungsexporte geht in Staaten der EU und Nato sowie in gleichgestellte Länder (Japan, Schweiz, Australien, Neuseeland. Der größte Teil in Höhe von 1,03 Mrd. entfiel auf Ungarn, das derzeit stark aufrüstet.

2%-Ziel der NATO bedeutet 2,6 Billionen Dollar weniger zur Bekämpfung der Klimakrise.

Climate Crossfire

10.10.2023 Das erklärte Ziel der NATO, dass alle Mitgliedsstaaten der Allianz mindestens 2% ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung ausgeben wollen, wird 2,6 Billionen Dollar abziehen, die dann zur Bekämpfung der Klimakrise fehlen könnten. Zu diesem Schluss kommt die Studie "Climate Crossfire", die vom internationalen Think Tank Transnational Institute in Zusammenarbeit mit Stop Wapenhandel (Niederlande) und Tipping Point North South (Vereinigtes Königreich) erstellt und von IPPNW Deutschland und Centre Delàs (Spanien) mitherausgegeben wird.

Studie Climate Crossfire https://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/NATOs_Climate_Crossfire.pdf

<https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/2-ziel-der-nato-bedeutet-26-billio.html>



Doku: Inside Rheinmetall

Ein halbes Jahr ging NDR-Reporter und Grimme-Preisträger Klaus Scherer mit seinem Kamera-Team für die Doku "Inside Rheinmetall - Zwischen Krieg und Frieden" bei Deutschlands größtem Rüstungskonzern in Unterlüß ein und aus. Wie nicht anders zu erwarten, kommt der Konzern gut weg – „Zeitenwende“ halt. Wer aber gern mal in die Werkshallen schaut oder Papperger bei seinem Narrativ „Wir machen doch nur, was die Politik will und erlaubt“ findet den 45-minütigen Film in der ARD.Mediathek.

Korrektur zu unserer Meldung zur Friedensdemo in Munster im Mai

Im letzten Heft berichteten wir über die Friedensdemo in Munster im Mai. Und da gibt es einen dicken Informationsfehler: „Die Lokalpresse ("Böhme-Zeitung") hatte sich entschlossen, den Protest u.a. gegen den größten Arbeitgeber im Heidekreis zu ignorieren.“ Das Gegenteil war der Fall: Die Böhme-Zeitung hetzte in demagogischer Weise gegen die Demo und dabei insbesondere gegen Organisator Charly Braun; und dem Haupt-Redner Rolf Becker wurde das Gegenteil in den Mund gelegt, was er wirklich und nachweislich nicht gesagt hat. Offensichtlich war es erklärtes Ziel der BZ-Verantwortlichen, die erste Friedensdemo im größten BW-Heeresstandort herabzuwürdigen, um so jede Kritik am Militärischen den Boden zu entziehen.

Das Problem heißt Rassismus ...

Selbstverständlich freute sich das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus über die prominente Unterstützung durch Niedersachsens Ministerpräsidenten Stephan Weil, als Ende September gegen das NPD-Zentrum in Eschede demonstriert wurde. Zumal sein Auftritt mit beigetragen haben dürfte zur vergleichsweise hohen Zahl von über 200 Teilnehmenden.

Während der Demonstration gab Weil der Celleschen Zeitung ein Interview, in dem er – wie nahezu alle Regierungsparteien und die CDU in diesem Herbst – den Rechtspopulismus füttern:

„Man muss sehen, dass wir in Deutschland schon ganz wesentlich davon abhängig sind, dass wir zu einer europäischen Lösung kommen. Die Menschen, die zu uns kommen, sind durch halb Europa unterwegs gewesen, und es ist einleuchtend, dass es dann um so schwerer ist, dann die einen von den anderen zu unterscheiden. Das sage ich auch deswegen, weil viele Menschen tatsächlich ein Bleiberecht haben, sei es wegen dem Grundrecht auf Asyl, sei es wegen der Genfer Flüchtlingskonvention. Aber viele andere eben nicht. Und wenn wir die wirklich auch gar nicht erst nach Deutschland kommen lassen, sondern an den europäischen Außengrenzen dann entsprechende Verfahren durchführen, dann ist das der richtige Weg. Das ist dann auch etwas, das Vertrauen schafft. Davon bin ich überzeugt.“

Die Rede von Behiye Uca (Die Linke), die wir unten dokumentieren, mag als Kommentar dazu ausreichen.

Und wo es geht Lagerhaft an den europäischen Außengrenzen zu fordern und gleichzeitig bei einer AntiFa-Demo als Hauptredner aufzutreten, ist die Frage von CZ-Redakteur Carsten Richter fast folgerichtig: *„Was ist mit der CDU, die sich gerade fragen muss, wo sie steht? Wo ist der Celler Landrat? Wo der Oberbürgermeister?“*

Im Vorfeld hatte die CZ Olaf Meyer, den Sprecher der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen, um eine Einschätzung gebeten. Über Eschede vernetzte sich die rechte Szene, aber: *„Die traditionelle Nazi-Szene ist in der Krise. Wer Politik machen will, geht zur AfD. Sie greift politisch alles ab.“*

Das Netzwerk

Südheide gegen Rechtsextremismus sollte sich der Frage stellen, ob sie auch künftig Redner:innen einlädt, die eine Politik gegen Flüchtlinge vertreten. Wer dem gravierenden Rechtsruck in der Gesellschaft entgegentreten will, sollte versuchen, hier Klarheit zu schaffen.

... und nicht „irreguläre Migration“

Rede von Behiye Uca (Die Linke) am 30. September 2023 bei der Demo gegen das rechtsextremes Erntefest in Eschede

Wisst ihr, was mich gerade wahnsinnig macht? Mich macht wahnsinnig, dass den Nazis da drüben gerade nach dem Mund geredet wird. Der Parteivorsitzender der Heimat-Nazis schreibt auf deren Webseite: *„Was Deutschland und Europa brauchen, sind ernsthafte Anstrengungen, die Einschleppung Fremder konsequent und dauerhaft zu stoppen und die nachhaltige Remigration voranzutreiben. [...] Darum müssen wir im ersten Schritt die Grenzen schließen und die weitere Einreise Fremder verhindern. In Deutschland, in Europa.“*

Das hören wir gerade in jeder Talk-Show. Und niemand steht auf und sagt: Jetzt aber mal Schluss mit diesem Nazi-Scheiß!

Da redet ein ehemaliger Bundespräsident von einem "Kontrollverlust", weil es Menschen nach Deutschland schaffen, die aus ihren Ländern fliehen, weil ihnen Kriege und Klimakatastrophe dort jegliche Zukunft versperren. Dass wir mit unserer Lebensweise im reichen Norden daran nicht gerade unschuldig sind, sei nur nebenbei



erwähnt.

Der ehemalige Bundespräsident Gauck meint mit "Kontrollverlust" also nicht das Ertrinken im Mittelmeer und das Erfrieren an der polnisch-belarussischen Grenze. Und er meint auch nicht die gewalttätigen Angriffe auf Geflüchtete in Deutschland.

Ich nenne euch mal kurz einige Zahlen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE:

Im ersten Halbjahr 2023 gab es 80 politisch motivierten Straftaten, bei denen Flüchtlingsunterkünfte selbst Tatort oder Angriffsziel waren.

Außerhalb von Unterkünften gab es im ersten Halbjahr 704 Straftaten gegen Geflüchtete vor. Dabei gab es 39 Verletzte, davon fünf Kinder.

Wer von uns sich an die 1990er Jahre erinnert, weiß noch:

Diese Gewalt nimmt nicht ab, wenn den Nazis praktisch entgegengekommen wird, sondern sie nimmt zu. Der Mordanschlag von Solingen mit fünf Toten geschah im Mai 1993 drei Tage nach der schäbigen Asylrechtsänderung.

Die vielbeschworene Brandmauer gegen die AfD fällt gerade in der sogenannten Realpolitik. Zum Beispiel, wenn die Regierung jetzt dem inhumanen "Gemeinsamem Europäischen Asylsystem" zustimmt.

Robert Habeck meint: „Wir müssen die Wirklichkeit annehmen und die konkreten Probleme lösen – auch, wenn es bedeutet, moralisch schwierige Entscheidungen zu treffen.“ Und er meint leider nicht, für angemessene Unterkünfte und Immigrationsprogramme zu sorgen. Die "moralisch schwierige Entscheidung" ist, Europa zur Festung auszubauen und Menschen in Lager zu stecken. Aber immerhin: Es tut ihnen ja sooooo schrecklich leid.

Es geht mir jetzt nicht um Parteipolitik. Mir geht es darum, dass wir begreifen, was gerade in Politik und Gesellschaft läuft. Und wir müssen begreifen, dass das Wasser auf die Mühlen von den Heimat-Nazis hier genauso ist wie auf die der AfD.

Und das heißt: Wenn wir den Nazis hier und woanders das Wasser abgraben wollen, müssen wir uns jetzt vor allem gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft stemmen.

Wie der Flüchtlingsrat Niedersachsen sagt: Das Problem heißt Rassismus und nicht "irreguläre Migration".

Deutschland ist bunt, wir lassen uns nicht spalten und stehen ein für eine Zukunft, die für alle menschenwürdige Perspektiven bereithält.

Verbot der „Artgemeinschaft“

Ende September verbot das Bundesinnenministerium die rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Vereinigung "Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V." ("Artgemeinschaft") einschließlich aller Teilorganisationen. In der Pressemitteilung des BMI heißt es dazu weiter:

„Die 'Artgemeinschaft' betrieb die aktive Vermittlung einer in weiten Teilen an den Nationalsozialismus angelehnten Ideologie. Vor allem durch die manipulativ indoktrinierende Erziehung ihrer Kinder und den Vertrieb entsprechender Literatur agierte die 'Artgemeinschaft' anders, aber nicht weniger gefährlich als die neonazistischen 'Hammerskins', die wir in der letzten Woche verboten haben.“

Die "Artgemeinschaft" mit rund 150 Mitgliedern verbreitete unter dem Deckmantel eines pseudoreligiösen germanischen Götterglaubens ihr gegen die Menschenwürde verstößendes Weltbild. Zentrales Ziel war die Erhaltung und Förderung der eigenen "Art", welche mit dem nationalsozialistischen Terminus der "Rasse" gleichzusetzen ist. Neben der Ideologie der Rassenlehre weisen Symbolik, Narrative und Aktivitäten des Vereins zudem weitere Parallelen zum Nationalsozialismus auf. So gab der Verein seinen Mitgliedern Anweisungen zu einer richtigen "Gattenwahl" innerhalb der nord- und mitteleuropäischen "Menschenart", um das der rassistischen Ideologie des Vereins entsprechend "richtige" Erbgut weiterzugeben. Menschen anderer Herkunft wurden dagegen herabgewürdigt.

Die "Artgemeinschaft" bildete auch die ideologische Grundlage weiterer rechtsextremer Organisationen wie der "Sturm-/Wolfsbrigade 44" und der "Heimatreuen Deutschen Jugend e.V.", die bereits vom Bundesinnenministerium verboten wurden und deren ehemalige Mitglieder daraufhin zum Teil in der "Artgemeinschaft" aktiv geworden sind.

Die "Artgemeinschaft" war zu Zeiten des Neonazi-Zentrums in Hetendorf dort einer der wesentlichen Akteure. Ein paar Infos dazu gibt's hier: <https://www.netzwerk-suedheide-gegen-rechtsextremismus.de/hetendorf-13/neonazi-zentrum-hetendorf-13/>

Zum Hintergrund vielleicht noch interessant: „Die Artgemeinschaft: Mehr als braune Heiden“ von Andrea Röpke in AIB 100 – 3.2013, darin auch ein Blick auf den Zusammenhang mit dem Nazi-Zentrum Hetendorf in den 1980/90er Jahren --- <https://antifainfoblatt.de/aib100/die-artgemeinschaft-mehr-als-braune-heide>".

Gegen die „Alternative Wahrheiten“ der AfD

Gegen den Landesparteitag der AfD in der Congress-Union demonstrierten am 19. August an die 2000 Menschen (Polizei:1450). Die Zahl kann Hoffnung machen, dass die "Zivilgesellschaft" sich dagegen stellt, dass der gesamte Diskurs immer weiter nach rechts verschoben wird. Die Demo und Kundgebung erfuhr viel Unterstützung aus Hannover, Lüneburg etc... Überraschend und erfreulich war, dass so viele Cellerinnen und Celler auf die Straße gegangen sind. Einige das erste Mal, viele wieder mal - wie schon vor 40 Jahren, als sich die alten Nazis vom "Stahlhelm" in der Union getroffen haben.

Dass wenig später die Regierung (und die CDU/CSU) voll in die Abschottungs-/Abschiebungs-Rhetorik der AfD eingestiegen ist, lässt die vielen Teilnehmenden aus den Reihen von Bündnisgrünen, SPD und Jusos mehr als blamiert dastehen. Und es zeigt auch, dass dieses „Gemeinsam gegen den Faschismus“ keine angemessene Antwort auf den Aufstieg der Rechtspopulisten ist.

Es dürfte schon darum gehen, genauer hinzuschauen, wo die AfD in der Gesellschaft auf Resonanz stößt und warum. Und wenn inzwischen jede fünft Wahlbürger:in den Erzählungen der AfD aufsitzt, lohnt es vielleicht auch hier und da argumentativ zu reagieren. Deshalb dokumentieren wir im Folgenden die Rede von Dr. Michael Huber zur Klimapolitik der AfD. Auf Bitte von LIST und der Celler Klimaplattform und als aktives Mitglied der Scientists for Future Deutschland unterwarf er die „Alternativen Wahrheiten“ der AfD zu Klimawandel und Energiewende einem Faktencheck.

AFD: Klimawandel ist nicht menschengemacht

Während 2016 die AfD den Klimawandel noch leugnete und behauptete, seit 2000 steige die Welttemperatur nicht mehr, hat sich angesichts von Dürren, Hitzesommern, Waldbränden, Waldsterben und Flutwellen auch die AfD von dieser Lüge verabschiedet. Jetzt behauptet die AfD allerdings, der Klimawandel sei nicht menschengemacht, denn in der Erdgeschichte habe es schon immer starke Klimaschwankungen gegeben. Das stimmt, doch eine kontinuierlich und stetig über 150 Jahre weltweit relativ schnell zunehmende Erderwärmung wie die aktuelle, hat es dagegen in der Erdgeschichte noch nie gegeben. Die AfD behauptet stattdessen, ein durch Treibhausgasemissionen verursachter Klimawandel sei eine mithilfe von hypothetischen Klima-Modellen vom IPCC geschaffene Erfindung, die nicht durch Messungen oder Beobachtungen bestätigt werde. Das Gegenteil ist der Fall, alle Messungen und Beobachtungen zeigen, dass die weltweit zunehmende Erderwärmung über die letzten 150 Jahre parallel zum durch menschliche Emissionen verursachten Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre erfolgt. Das sagen nicht nur seit 1988 die über 200 Wissenschaftler aus 66 Ländern im Weltklimarat der UN (dem IPCC), sondern bereits seit Ende der 1970-er Jahre sagten die Experten der Ölkonzerne Shell, Exxon, Total und BP einen durch Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas verursachten Klimawandel voraus.



Fotos: Jürgen Elendt

AFD: IPCC verbreitet Klimahysterie

Kurzum, die Klimaaussagen des IPCC zu den Ursachen und zur Erfassung des Ist-Standes des Klimawandels sind wissenschaftlich unstrittig. Nur bei der Vorhersage, wie schnell und mit welchen Folgen sich das Klima weltweit verändert, gibt es eine relativ große Bandbreite der Vorhersagen aus Modellrechnungen. Und liebe AFD-ler, die ihr dem IPCC die Erzeugung von Klimahysterie vorwerft: Der Klimawandel erfolgt inzwischen tatsächlich schneller als noch vor 10 Jahren von den angeblichen Hysterikern des IPCC vorhergesagt.

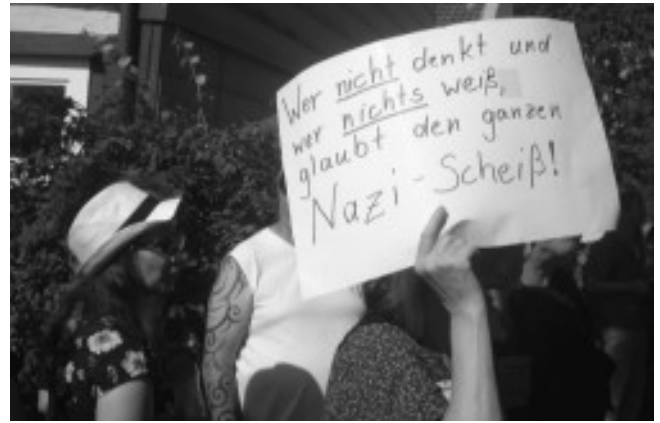
AFD: Je mehr CO2 desto besser

Dumm für die AFD, dass sie den Anstieg der CO₂-Konzentration nicht leugnen kann. Deshalb lügt sie ihn einfach zum Vorteil um und behauptet frech: Das IPCC und die deutsche Regierung unterschlagen die positive Wirkung des CO₂ auf das Pflanzenwachstum und damit auf die Welternährung. Je mehr CO₂ es in der

Atmosphäre gebe, umso kräftiger falle das Pflanzenwachstum aus. Doch jeder, der in der Grundschule aufgepasst hat, weiß, dass Pflanzen nicht nur CO₂ brauchen, sondern dass Wassermangel und zu hohe Temperaturen ihr Wachstum bremsen.

AFD: Sollen doch erstmal die anderen CO2 einsparen ...

Zwar ist menschengemachtes CO₂ laut AFD nicht die Ursache des Klimawandels, aber wenn doch, dann sollen laut AFD nicht Deutschland, sondern die anderen – zum Beispiel die Chinesen – CO₂ einsparen. Doch wer es wissen will, weiß, inzwischen stagniert der THG-Ausstoß in China nicht nur konjunkturbedingt. Denn China hat in nur 10 Jahren 3 Billionen Euro in Erneuerbare



Energien gesteckt und investiert auch jetzt pro Jahr bis zu 300 Mrd. Und das nicht, weil dort grüne Ideologen am Werk sind, sondern knallharte Machtpolitiker, die sich vom Einsatz kostengünstiger erneuerbarer Energien auch in Konkurrenz zu Deutschland wirtschaftliche Vorteile versprechen. Während die Ewiggestrigen in der AFD zurück in die fossile Steinzeit wollen. (Anzumerken ist seitens der Redaktion: Große Teile unseres Hyperkonsums werden auf der CO₂-Seite dem Produktionsstandort China zugerechnet.)

AFD: Deindustrialisierung Deutschlands durch Klimaschutz

Während andere Staaten wie auch Schweden, Dänemark und sogar die USA längst die Vorteile Erneuerbarer Energien erkannt haben, behauptet die AFD, wir könnten weiter deutsche Braunkohle, deutsches und russisches Erdgas, bzw. Kernbrennstäbe aus russischem Uran in deutschen AKWs verbrennen. Doch seltsam, z. B. der Konzern Wacker Chemie, der derzeit noch 50% der weltweit verbrauchten Siliziumwafer in Deutschland produziert, setzt auf die Umstellung auf langfristig billigen Wind- und Solarstrom (Gestehungspreis 4 bis 6 Cent/kWh) und hält nichts vom Zubau von AKWs, da der Atomstrom mit 15 bis 20 Cent/kWh Gestehungspreis (ohne Endlagerkosten) viel zu teuer sei. Der Verband der Chemischen Industrie VCI mit seinen über 1900 Unternehmen erstellte gerade zusammen mit dem Verband deutscher Ingenieure VDI ein Konzept zur Transformation der Chemieindustrie zu Treibhausgasneutralität. Da waren eben im Unterschied zur AFD nicht verantwortungslose Ideologen und Wählerverarscher am Werk, sondern echte Experten, die durch Einsatz von grünem Strom und Wasserstoff die Industrie in Deutschland halten wollen.

AFD: Grüne Ideologen nehmen Dir das Auto

Die Preise für E-PKW, für Verbrennungs-Pkws und die Treibstoffkosten sind so hoch, dass 50% der deutschen PKW-Besitzer:innen befürchten, sich keinen PKW mehr leisten zu können. Und was macht die AFD? Setzt sie sich etwa für den Ausbau des ÖPNV und für billige auch für Geringverdiener und Sozialbenachteiligte er-

schwingliche Tickets ein? Stattdessen verbreitet die AFD die Illusion vom Fortbestand des guten deutschen Verbrennungs-Pkws, während der Absatz der deutschen Pkw-Industrie weltweit einbricht. Und statt die Menschen auf dem platten Land mit E-Carsharing und On-Demand-Verkehr unabhängig vom Privat-Pkw zumachen, will die AFD Azubis den Führerschein bezahlen, ohne zu verraten, wer ihnen dann das Auto und die Treibstoffkosten schenkt.

AFD: Grüne Ideologen nehmen Dir die Ölheizung

Die steigenden Energiepreise für Heizung und Strom werden – bei immer weiter steigenden Mieten und Lebensmittelpreisen – für über 50% der Bevölkerung zu einem immer größeren Problem. Viele Bürger:innen sehen sich bei einer Umstellung ihrer Gas- oder Ölheizungen auf Wärmepumpe oder bei der Dämmung ihrer Gebäude finanziell überfordert. Auch viele Mieter:innen befürchten durch die Energiewende zusätzliche steigende Mieten. Und was macht die AFD? Fordert sie z. B. Staffelung der Gas- und Strompreise nach Verbrauch, billigen Strom für Wärmepumpen, Deckelung der Mieten und mehr sozialen Wohnungsbau? Oder fordert sie z. B. massive Zuschüsse und zinslose Darlehen für Normal- und Geringverdiener bei energetischer Gebäudesanierung? Übrigens Fragen, die man auch anderen Parteien stellen sollte. Statt zukunftssichere Lösungen anzubieten, suggeriert die AFD lediglich, wir könnten alle so weitermachen wie bisher.

AFD: Abschottung Deutschlands rettet unseren Wohlstand

Abschied vom angeblichen „Luxusprojekt Energiewende“, dichte Grenzen, Migrationsstopp, Entkoppelung von der EU und Verlass auf die gute „deutsche Wertarbeit zum Beispiel in der Automobilindustrie“, so lautet das Abschottungskonzept der AFD zur Sicherung des deutschen Wohlstands. Dass 90% der in der deutschen Industrie verarbeiteten Rohstoffe und Unmengen an Komponenten auf einer weltweiten Zulieferung und einer weltweiten Ausbeutung von Mensch und Natur beruhen, wird dabei „übersehen“. Auch das IPCC erklärt eine Abschottung gegen die Folgen des Klimawandels als hoffnungslos: Wenn wir weltweit 3 Grad plus erreichen, werden laut IPCC Milliarden Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren und werden zu riesigen Migrationsströmen. Das führe dann zum weltweiten Zusammenbruch aller, auch der reichen Gesellschaften. Dagegen nütze auch keine Abschottung der reichen Gesellschaften, da dann der Nachfluss an Ressourcen zusammenbrechen, auf dem deren Wohlstand beruhe. Im Unterschied zum hohlen Nationalismus der AFD, werden wir die Klimakatastrophe nur abbremsen können, wenn wir den Klimaschutz im Rahmen einer nationalen und internationalen Klimagerechtigkeit umsetzen.

Über Israel reden Meron Mendel in Celle

Über kaum ein anderes Land wird in Deutschland so viel geredet und gestritten: Zu Israel hat jeder eine Meinung. Warum ist das so? Wieso hat der Nahostkonflikt eine solche Bedeutung? Und warum ist die Debatte so emotional – und oft so vergiftet?

Als Meron Mendel vor zwanzig Jahren nach Deutschland kam, stellte er überrascht fest, welche Bedeutung sein Heimatland Israel hier im öffentlichen Diskurs hatte. Schon damals konnten nahezu alle, mit denen er sprach, klare Positionen zu Israel und seiner Politik formulieren. Heute werden die Debatten noch heftiger geführt. Zuletzt haben sich Skandale aneinandergereiht – vom öffentlichen Streit um den antiisraelischen Philosophen Achille Mbembe im Jahr 2020 bis zur Documenta-Debatte von 2022. Einerseits wird eine Art „Freundschaftspflicht“ aufgrund der NS-Vergangenheit und dem andauernden Antisemitismus in Deutschland proklamiert. Andererseits stellt sich die Frage, wie Deutschland auf den sich verschärfenden Rechtskurs der Regierung in Jerusalem reagieren soll.

Meron Mendel schildert in diesem Buch, wie das Verhältnis zu Israel und zum Nahostkonflikt in Deutschland verhandelt wird, in der Politik und in den Medien, unter Linken, unter Migranten und unter Juden. Deutschlands Verhältnis zu Israel steht vor großen Herausforderungen: Meron Mendel zeigt, wie wir ihnen mit Mut und Offenheit begegnen können.

Familienbildungsstätte, Anne-Frank-Saal, Fritzenwiese 9

Montag, 20. November 2023, 19:00 Uhr

Prof. Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt

Veranstalter: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Celle

Ukraine-Krieg und Antisemitismus

Für Krisen werden vereinfachende Erklärungen gesucht. Ein Beispiel ist der Ukraine-Krieg, der teilweise antisemitisch gedeutet wird: von Biolaboren bis zum „Heavenly Jerusalem“ – jeder findet etwas für sich. Diese Anpassung der antisemitischen Narrative dient dazu, Menschen zu manipulieren und extremistische Ideen zu verbreiten. Es ist entscheidend, diese Dynamiken zu erkennen und sich kritisch damit auseinandersetzen, um ihnen entgegenzutreten und demokratische Werte zu verteidigen.

Synagoge Celle, Im Kreise 24

Donnerstag, 16. November 2023, 19:00 Uhr

Katarzyna Miskiel-Deppe, Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen

Veranstalter: Stadtarchiv Celle und Jüdische Gemeinde Celle e.V.

Neues aus der Stadtbibliothek

T.C. Boyle / Blue Skies

Erderhitzung und Artensterben bilden in T.C. Boyles aktuellen Roman „Blue Skies“ den Hintergrund zu den Katastrophen, mit denen eine Familie der oberen Mittelschicht konfrontiert wird. Cooper, der Sohn der Familie verliert bei seiner Arbeit als Insektenforscher durch die Folgen eines Zeckenbisses einen Unterarm. Der Kauf einer exotischen Tigerpython führt die Tochter Cat in eine schuldbeladene Tragödie. Die Mutter versucht, durch ihre Konsumentscheidungen ökologisch verantwortungsbewusst zu leben. Der Hilflosigkeit, mit der sie vor den sie immer direkter betreffenden Klimafolgen wie Hitze, Brände, steigender Meeresspiegel ausgesetzt sind, weiß Boyle dabei auch komische Momente abzugewinnen. Er erzählt von ganz normalen Leuten, die versuchen, mit den Klimafolgen klarzukommen. Zu einer Infragestellung oder Kritik der Ursachen finden sie dabei nicht.

Boyle, T. Coraghessan: Blue Skies. Roman. München, Hanser 2023, 400 Seiten – Bestseller Romane

Max Czollek – Versöhnungstheater

Mit der Instrumentalisierung deutscher Erinnerungskultur befasst sich Max Czollek auch in seinem neuen Essay.

„Man redet sich seit Jahrzehnten den Mund fusselig darüber, dass es rechte, gewaltvolle Kontinuitäten gibt“, sagt der Autor. „Aber wenn die dann sichtbar werden, dann sind alle überrascht. [...] Ich meine, wie oft muss man das noch neu lernen, bis man nicht mehr überrascht ist davon? Und das steht ja in einem starken Kontrast dazu, wie zum Beispiel mit Fällen von Gewalt, die von Migrantinnen oder migrantischen Menschen ausgehen, umgegangen wird. Weil von denen sagt man: die bedrohen diese Gesellschaft. Und ich glaube, diese in meiner Wahrnehmung schon etwas eigentümliche Art, Gewalt als Bedrohung wahrzunehmen oder eben als Ausnahme zu beschreiben, die wird mit erzeugt durch eine bestimmte Erzählung in der deutschen Erinnerungskultur: Wir haben gut erinnert. Deswegen kann



Foto: Peter-Andreas Hasslepen



Foto: Hanser-Verlag

das eigentlich gar nichts mehr mit uns zu tun haben.“

Czolleks Forderung: „Die Erinnerungskultur sollte darauf ausgerichtet sein, die Gegenwart so einzurichten, dass sich diese Vergangenheit nicht wiederholt. Weil dann geht es vor allem darum, dass wir gemeinsam daran arbeiten, einen Raum zu schaffen, in dem Menschen nicht mehr verfolgt und umgebracht werden. Und in dem Leute insgesamt weniger Gewalt erleben oder vor ihr geschützt werden. Ich glaube, das wäre ein Ziel einer pluralen Erinnerungskultur, die sich vom Versöhnungstheater und der Ausrichtung an dem Bedürfnis nach Wiedergutwerdung eines Teils dieser Gesellschaft unterscheidet“

Czollek, Max: Versöhnungstheater, München, Hanser 2023, 173 Seiten, Mediengruppe: Bestseller Sachbuch

Gegenwartsbewältigung, München, Carl Hanser Verlag, 203 Seiten, Soz 130, Soz 403

Desintegriert Euch!, ROOF Music / tacheles! 2019, Mediengruppe: eMedien

... und noch ein paar Neuerwerbungen

Bestseller Roman:

Timm, Uwe: Alle meine Geister, Köln, Kiepenheuer & Witsch 2023, 288 Seiten

Moers, Walter: Die Insel der Tausend Leuchttürme. Roman. München, Penguin 2023, 656 Seiten

Billier, Maxim: Mama Odessa. Roman. Köln, Kiepenheuer & Witsch 2023, 232 Seiten

Smirnoff, Karin (nach Stieg Larsson): Verderben. Roman. München, Heyne 2023, 464 Seiten

Tokarczuk, Olga: Empusion - eine natur(un)heilkundliche Schauergeschichte, Zürich, Kampa 2023, 188 Seiten, Mediengruppe: Belletristik

Birnbacher, Birgit: Wovon wir leben. Roman. Wien, Paul Zsolnay Verlag 2023, Mediengruppe: Belletristik

Bestseller Sachbuch:

Welzer, Harald: Zeiten Ende. Politik ohne Leitbild, Gesellschaft in Gefahr. Frankfurt am Main, S. Fischer 2023, 302 Seiten

Passmann, Sophie: Pick me girls. Köln, Kiepenheuer & Witsch 2023, 215 Seiten

Monbiot, George: Neuland - wie wir die Welt ernähren können, ohne den Planeten zu zerstören. München, Blessing 2022, 478 Seiten

Faloyin, Dipo: Afrika ist kein Land. Berlin, Suhrkamp 2023, 398 Seiten

Saito, Kohei: Systemsturz - der Sieg der Natur über den Kapitalismus. München, dtv 2023, 316 Seiten

El Hachmi, Najat: Wir wollen die ganze Freiheit - über Feminismus und Identität. Ein notwendiges Manifest. Berlin, Orlanda 2023, 99 Seiten

Papierstreifzüge

Hätte es einen besseren Ort für Oskar Ansell geben können als das Direktorenhaus in der Magnusstraße, um sein jüngstes Buch „Papierstreifzüge“ vorzustellen? Ein großes Publikum war zusammengekommen, um Oskar Ansell zu hören, mit ihm nachzudenken, sich selbst zu begegnen.

Ansulls Neuerscheinung ist eine Fortsetzung seines Buchs „Papierstreifen“ von 2020. In elf Abteilungen mit Überschriften, wie: „Menschenbilder“, „Krieg I bis XII“, „Dichten und Denken“, analysiert und beschreibt Ansell konkretes Leben. Er bringt die Lesenden dazu, sich selbst einzubringen, wenn er die Weltgeschichte wie auch die Weltliteratur durchkämmt.



Das Thema „Krieg“ beschäftigt Ansell sehr. Unsere „innere Wildnis“, vom realen Wolfstier-Verhalten nicht weit entfernt, bringt immer wieder Mord, Totschlag und Kriege hervor, wie gerade zur Zeit in Europa und in Palästina. Jener „Dambruch“ 2022 in der Ukraine, nur als Beispiel, hatte die Vernichtung von Leben zum Ziel, selbstgefällig „verstärkt durch die Leugnung, diesen Druck je ausgeübt und ausgelöst zu haben.“

Ein größerer Themenbereich in dem Band „Papierstreifzüge“ bezieht sich auf Celle, wo Ansell aufwuchs und wo er ja auch seinen Weg zur „Schreibfeder“ fand. Er erzählt aus seiner Kindheit und Jugend, von Straßen und Plätzen, von seinen Eltern, von der Zeit, die sehr schnell vergeht und doch prägend war. Schließlich fand Ansell ja auch schon in jungen Jahren zur Literatur, so dass er mit seiner Gabe auch „das Prinzip Hoffnung“ zu seinen Leserinnen und Lesern transportieren kann. –

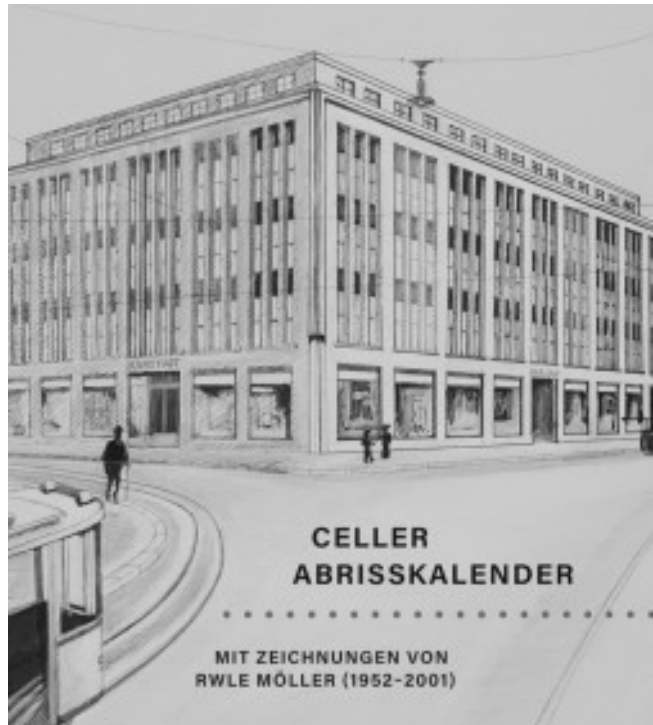
Im zweiten Teil der Lesung nahm das Thema „Cafés in Celle“ einen besonders inspirierenden Platz ein. Ansell beschreibt mehrere alte wie auch neugegründete Cafés. Welch' große Idee hatte sich doch in Celle schon einmal realisiert, es gab ein sog. „Knastcafé“, das der Zuchthausdirektor Fritz Kleist für seine Gefangenen Anfang der 1930er Jahre schuf, um sie dort mit kulturellen Vorträgen und Lesungen zu stärken. – Ansulls Publikum freute sich sehr zu hören, dass der Autor Lust habe, einmal eine Lesung nur mit dem Thema „Cafés in Celle“ anzubieten.

Oskar Ansell zeigte sich nicht nur als Meister der Sprache, sondern auch als Meister des Vortrags. Die

Aufmerksamkeit der Zuhörenden war groß, keines seiner Worte sollte verloren gehen. Für die Ernst-Schulze-Gesellschaft als Veranstalter dankte Lothar Haas dem Autor, und das Publikum applaudierte nachhaltig. Oskar Ansell zu lesen lohnt sich, ihn zu hören noch viel mehr.

PM: ernst-schulze-gesellschaft

Oskar Ansell: Papierstreifzüge. Neue Papierstreifen, 272 Seiten, Wehrhahn Hannover 2023, € 24,70



Jasmin-Bianca Hartmann, die den Kalender neu zusammengestellt hat, schreibt im Vorwort: „RWLE Möller (1952–2001) hatte das Verschwinden alteingesessener Geschäfte, den Leerstand der Häuser und die Abrisse historischer Fassaden stets vor Augen. Vor rund 30 Jahren veröffentlichte der Künstler und Stadtchronist seinen ersten und zugleich letzten Celler Abrisskalender. [...] In Form von Text und Bild dokumentierte sein Abrisskalender nicht nur längst ausradierte architektonische Besonderheiten der Stadt Celle, sondern auch die Geschichten hinter den Fassaden. Für Möller hatten seine Abrisszeichnungen Denkmalcharakter. Sie sollten Kunstwerk und Mahnung zugleich sein. [...] Im Atelier des Künstlers fanden sich posthum sechs unveröffentlichte Zeichnungen von abgebrochenen oder umgestalteten Celler Fachwerkhäusern, die ihm für seine nächste Auflage dienen sollten. Sie sind Teil dieser Publikation, die einen Einblick in die wechselvollen Geschichten vor und hinter zwölf Celler Fassaden ermöglichen will.“

In allen Celler Buchhandlungen // Preis: 22 Euro

Uwe Pralle (1954 - 2008) Am Rande der Sprache

Mit den Doppelheften 14-15 und 16-17 der „celler hefte“ präsentiert die RWLE Möller Stiftung eine Auswahl aus dem publizistischen Werk des in Celle geborenen und aufgewachsenen Autors Uwe Pralle, der für namhafte Zeitungen und Rundfunksender in Deutschland und der Schweiz geschrieben hat: u. a. für die „Frankfurter Rundschau“, „Neue Zürcher Zeitung“, „taz“ tageszeitung.



Zusammengestellt und herausgegeben wurden die beiden Hefte von Uwe Schütte, aus dessen Vorwort wir zitieren:

„Eine Generationserfahrung: geboren 1954, erlebt Pralle als Jugendlicher den politischen Aufbruch der späten 1960er und als junger

Erwachsener die kulturell reichen 1970er Jahre. Mit dem Triumph des Neoliberalismus endet das alles; die 1980er läuten die bleiernen Jahre unter Helmut Kohl ein – Deutschland, eine konservative Geistesprovinz. Als er ab 1986 öffentlich schreibt, macht er stets klar, kein Genosse seiner Generation oder sonst einer Gruppe zu sein, noch einer Partei- oder Blattlinie zu folgen [...] Pralle war stets in einem Dazwischen beheimatet, ein Schwellengänger: Verbürgerlichung war ihm zuwider, dito karrieristischer Opportunismus. Ein Barrikadenkämpfer aber war er genauso wenig.“

„In seinem viel zu kurzen Leben hat Uwe Pralle jedenfalls eine beachtliche Menge an Arbeiten für führende Tageszeitungen und öffentlich-rechtliche Radioanstalten hinterlassen. Über zweihundert Artikel [...] sind es insgesamt, die sich in etwas über zwanzigjähriger Tätigkeit angesammelt haben. Die Mehrzahl davon sind das täglich Brot eines die Kulturseiten beliefernden Lohnschreibers – Rezensionen. Jedoch umfasst das journalistische Werk Pralles noch eine beträchtliche Zahl literarischer Essays, Portraits und Nachrufe auf Autoren, für die er offenkundige Sympathien hegte. Diese Texte sind keine Auftragsarbeiten, sondern Herzensangelegenheiten; Annäherungen an Geistesbrüder und intellektuelle Wahlverwandte, darunter solche Klassiker wie Herman Melville, Joseph Roth oder Fernando Pessoa, aber

auch zeitgenössische Autoren wie Walker Percy oder Alasdair Gray.“

„Pralle nämlich betrachtete das Feuilleton als intellektuellen Ort, an dem versuchsweise und in immer neuen Anläufen versucht wird, die Gegenwart auszuloten, als „Speerspitze der Erkenntnis gegenüber dem Neuen in allen gesellschaftlichen Bereichen“.“

Uwe Pralle - Am Rande der Sprache 1. Rezensionen, Portraits, Erinnerungen der Weggefährten (216 Seiten) & Am Rande der Sprache 2. Nachlass, Essays, Radioarbeiten (240 Seiten); hg. von Uwe Schütte - celler hefte 14-15 & 16-17 / Schriftenreihe der RWLE Möller Stiftung, Celle 2023. - beide Hefte zusammen 22 EUR

Wu Ming – UFO 78

Das italienische Autorenkollektiv Wu Ming begibt sich in seinem neuen Roman in das Italien des Jahres 1978. Vor dem Hintergrund der Entführung und Ermordung des christdemokratischen Politiker Aldo Moro durch die Roten Brigaden entwickelt sich eine interessante verwebene Geschichte: Außerirdische und Ufos haben Hochkonjunktur. Eine junge Anthropologin begibt sich bin einen „Feldversuch“ und beobachtet die zumeist männlichen Nerds, die sich der Ufologie verschrieben haben. Dazu kommt ein Erfolgsautor, der in seinen Büchern Geschichten über antike Kosmonauten erzählt. Ins Zentrum rückt dann ein geheimnisvoller Berg, auf dem es nicht nur häufiger zu übernatürlichen Phänomenen gekommen ist, sondern zwei Jahre zuvor zwei Jugendliche aus einem Pfadfinder-Camp unauffindbar verschwunden sind. Daneben spielt noch eine esoterische Kommune in der Nähe des Berges eine Rolle, in der sich der Sohn des Erfolgsautors von seiner Heroinsucht befreit hat.

Klingt kompliziert, aber Wu Ming versteht es die Fäden zusammenzuhalten. Und das in der interessanten Form eines gewissermaßen dokumentarischen Romans; denn sie blicken gewissermaßen recherchierend zurück ins Jahr 1978.

Spannung gewinnt der Roman am Ende durch die Frage, was mit den beiden Jugendlichen geschehen ist. Es waren keine Außerirdischen im Spiel, soviel sei verraten.

In einem letzten Kapitel enthüllt das postautonome Autorenkollektiv dann einige der Hintergründe des fiktionalen Stoffs.

Wu Ming: Ufo 78. Assoziation A, Hamburg 2023, 480 S., 28 EUR



Witz und Verstand im Celler Theater!

Landauf, landab von Lüneburg bis Koblenz sitzt der Schock tief bei Stadtkämmerern und den Verwaltungsdirektionen: Das Theatermachen wird teurer. Nachdem unlängst - und überfällig! - das Grundgehalt für die Kunst (Schauspiel, Bühnenbild, Maske, Kostüm, Dramaturgie etc.) um rund 800 € auf 2.715 € angehoben und somit erstmals den Theaterschaffenden ein auskömmliches Dasein ermöglicht wurde, sind die Haushalte der Betriebe natürlich unter Druck. Ein Viertel bis ein Drittel der Beschäftigten an den Bühnen des Landes kommen in den Genuss dieser „Modernisierung“ der Entlohnung, und es ist hier die Rede von ausgebildeten, studierten Leuten! In Niedersachsen zögert das Kultusministerium noch mit der Übernahmezusage. In Celle ist die Lage offenbar vergleichsweise entspannt.

Dazu trägt ein seit Jahren äußerst umfangreiches und attraktives Repertoire bei: Für „*Stolz und Vorurteil*“ auf der Hauptbühne läuft die Mundpropaganda und vor Dezember sind Karten kaum noch zu erhalten, Besucher:innen berichten von stehenden Ovationen.

Wir können hier aus dem zweiten Block der laufenden Spielzeit über „*Konstellationen*“ von Nick Payne im Malersaal berichten, einem Kammerspiel das Tanja Kübler und Thomas Wenzel (Foto oben links) Raum lässt für eine intensive Meditation über das Was-Wäre-wenn. Was änderte sich im Laufe unseres Seins, unserer Beziehungen, wenn mitunter auch nur kleine Kalibrierungen, Zufälligkeiten in einer veränderten Weise abliefen. Souverän gespielt. Dazu in einer klugen Dekoration. *hier musste schon zuhören!*

In der Halle 19 scheint „*Weinprobe für Anfänger*“ als der Abräumer gesetzt zu sein, eine 2019 preisgekrönte französische Komödie. Wie lässt mensch den Geist aus der Flasche? Wie mit eigener Schuld umgehen, wie mit den Sehnsüchten und Träumen? Wann überwinden wir die inneren Hemmungen zur Besserung, und wie? Die „*Weinprobe*“ ist auch ein Mutmach-Stück. Sehenswert Vivienne Karow (Foto Mitte links) in der Rolle der Hortense! *hier darfst du lachen!*

Das ist pfiffig: Im geringfügig veränderten Bühnenbild der *Weinprobe* lässt Andreas Döring Alan Ayckbourns „*Ab Jetzt*“ spielen, eine bitter-ironische Dystopie aus dem Jahre 1987 (oho: Altmeister Zadek hat's in Deutschland herausgebracht). Wie leicht gehen wir Menschen doch unseren eigenen Selbstbildern auf dem Leim, wie allzu leicht machen wir einander etwas vor -- und ist es klug, ethische Probleme an Maschinen zu delegieren? Der Autor hat eine trickige Besetzungsanweisung geschrieben, die Pia Noll und Viola Heeß (Foto unten links) Luft für ein schauspielerisches Feuerwerk lässt. Und die Beiden nutzen das! *hier siehst du bestes Theater* G.



Fotos: Marie Liebig (2), Lucas Rosenbaum

Rauschenbach liest ...

... in der Turmbühne des Schlosstheaters am

Do., 23.11.2023: „Hans Waldmanns Abenteuer“ und andere Texte - Ror Wolf /// Do., 14.12.2023 - „Hamletmaschine“ und ausgewählte Gedichte - Heiner Müller /// Mi., 17.01.2024: „Kühe in Halbtrauer“ und andere Geschichten - Arno Schmidt --- jeweils 20 Uhr, Eintritt jeweils ab 11,00



Im Kunstmuseum Celle I.U.S - ein partizipatives Kunstprojekt für Kinder und Jugendliche.

I. YOU. SOMETHING- ICH. DU. ETWAS, so der Titel dieses neuen Kunstprojekts für Kinder und Jugendliche im Kunstmuseum Celle mit Sammlung Robert Simon.

Konzipiert von Cony Theis, Professorin an der Hochschule für Künste im Sozialen Ottersberg, Daphne Mattner und Dr. Julia Otto vom Kunstmuseum Celle wurde das Projekt mit dem „KUNSTSPIELPLATZ“, der das gesamte Obergeschoss nun bis zum 25.02.2024 einnimmt, eröffnet.

Ausgestattet mit einer ausführlichen Spielanleitung im Foyer, werden die Besucher:innen auf Entdeckungsreise geschickt, die mit dem Formen eines Gedankens aus Draht beginnt und der dann an weiteren 6 Stationen bearbeitet, weitergedacht und auch verworfen werden kann (manchem geht der ein oder andere Gedanke auch verloren).

Fünf der Stationen sind Werkstatt, Archiv, Reflexionsort und Präsentationsfläche für die Kunst, die von allen Beteiligten vor Ort geschaffen wird und Stück für Stück die Fläche füllt.

„In unserem Kunstprojekt nähern sich Kinder und Jugendliche (und Erwachsene, die sie begleiten) dem komplexen Thema der Verständigung. Durch künstlerisches Denken und Handeln beobachten und erfahren wir, was Verstehen und Nicht-Verstehen ausmacht, wie es sich beeinflussen läßt und wo es hinführen kann. [...] Auf dem Kunstspielplatz werden Gedanken aus Draht geformt, geteilt, getauscht, kopiert und kommentiert. Und parallel dazu werden sie auf ihren Wegen durch Köpfe, Zeit und Raum be-

gleitet, festgehalten, verloren, wiedergefunden und aus unerwarteten Richtungen neu beleuchtet.“ (aus: Spielanleitung Gedanken & Infos zum Projekt).

Was sich zunächst also ziemlich kompliziert und schwierig anhört, entpuppt sich im weiteren Verlauf, lässt man sich darauf ein, als ein großes Vergnügen. - Ich hab's ausprobiert.

14. Oktober 2023 – 25. Februar 2024, Di – So 11-17 Uhr

Kalender-soziale-Bewegung 2023

Zum 15. mal erscheint der "Kalender-soziale-Bewegung" mit bunt bebilderten 15 Seiten inklusive kreativem Termin-Kalendarium. Der Kalender spiegelt Engagement von Gruppen und Initiativen für soziale Gerechtigkeit, Frieden, gesunde Umwelt, Kultur und gemeinsamen Spaß. Zum Internationalen Frauentag kommt "Mutter Courage aus Bomlitz", ver.di-KollegInnen protestieren in der Heide gegen Tariffucht und streiken im herzoglichen Celle für mehr Kohle. Frank Bsirske gibt am 1. MAI seinen Celler Demo-Einstand bevor beim Nienburger Weserbeatz-Festival Nazis aus dem Takt gebracht werden. Tom Kirk singt der AfD den Garaus und Bremer Musikanten trällern "Lio Lio La" in der Herzkammer der Militarismus in der Südheide.

Bereits auf der Titelseite wirbt der beste Bewegungs-Fotograf Günter Zint 1982 für den Ostermarsch, während mitten im Kalender die allererste Friedensdemo zum Panzermuseum in Munster führt. In der Provinz zwischen Wunstorf - Unterlüß - Bad Fallingbostal - Bergen werden Kriegsfieger und Kettenfahrzeuge sabotiert und blockiert oder einfach mal ein Biosphärengebiet gegründet.

Die "Letzte Generation" klebt sich in Celle auf die Straße und vorm neuen AfD-Büro in Walsrode bauen 80 Leute eine Brandmauer bei Musik hoch. Zwischen 2000 anderen demonstrieren Omas gegen Rechts gegen den AfD-Landesparteitag in der Union. Währenddessen bauen in Hannovers Leinemasch AktivistInnen Baumhäuser gegen Millionen-Verbreiterung des Südschnellweg.



Viel ungewöhnliche Anekdoten, Gedenk- und Feiertage, Festivals und Demos nennt das Kalendarium. Die Kalendermachenden sind der Zukunft zugewandt und wissen auf den Tag genau, wann 5000 ArmutsrentnerInnen Nobel-Restaurants überfallen, wann Maststallbefreiungsaktionen stattfinden und sogar wann der letzte Kapitalist in die Südsee abhaut !!!

Den Kalender gibt's bei <charly_schule@yahoo.de>, bei der VVN und Buchladen Patz in der Blumlage - einzeln 5 € und ab 5 Exemplare ist Rabatt möglich.

Solidarischen Initiative Neuenhusen

Termine

Deutscher Gewerkschaftsbund
Einheitsverband Celle **DGB**

Vortrag & Diskussion
"Das Ende des Kapitalismus"
mit **Ulrike Herrmann (taz)**
30. NOVEMBER 2023
KUNST & BÜHNE
NORDWALL 46, CELLE
AB 18 UHR – EINTRITT FREI

Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden

Demokratie und Wohlstand, ein ugeres Leben, mehr Gleichberechtigung und Bildung: Der Kapitalismus hat viel Positives bewirkt. Zugleich rührt er jedoch Klima und Umwelt, sodass die Menschheit nun existenziell gefährdet ist. «Grünes Wachstum» soll die Rettung sein, aber Wirtschaftsexpertin und Bestseller-Autorin Ulrike Herrmann hält dagegen: Verständlich und messerscharf erklärt sie in ihrem Buch, warum wir stattdessen «grünes Schrumpfen» brauchen.

Eine Veranstaltung in Kooperation mit

GEW Gewerkschaften in Niedersachsen ver.di Kunst BÜHNE

Ulrike Herrmann
DAS ENDE DES KAPITALISMUS

V.i.S.d.P. DGB Region Nord-Ost, Niedersachsen – Helldorfgestatze 23 – 2130 Lüneburg

**Für ein Europa,
das Brücken baut!**

**STOP
GEAS**

**Gegen die Verschärfung des
Gemeinsamen Europäischen
Asylsystems**



Mehr Infos unter: <https://stop-geas.de/>

Kultur-AG-Treffen & kultureller Abend: Treffen der Kultur-AG: immer am ersten Freitag im Monat um 18 Uhr & im Anschluss um 19 Uhr kultureller Abend im Stadtteiltreff Neuenhusen

Treffen der Begegnungsorte-AG: immer am zweiten Sonntag im Monat um 12:30 im Stadtteiltreff Neuenhusen

Picknick für Frauen, Diverspersonen und Kinder: immer am zweiten Sonntag im Monat, um 15 Uhr im Stadtteiltreff Neuenhusen

Ökologie-AG-Treffen: immer am dritten Donnerstag im Monat von 17:30 – 18:30 Uhr im Stadtteiltreff Neuenhusen

Weitere Termine im Stadtteiltreff Neuenhusen:

Spieleabend: immer am ersten und am dritten Mittwoch im Monat, um 19:00 Uhr - Nächste Termine: Mittwoch, 15. November, Mittwoch, 6. Dezember, Mittwoch, 20. Dezember

Kreativ-Werkstatt: Gemeinsam kreativ sein, im Austausch miteinander lernen und verschiedene Ideen verwirklichen z.B. Stricken, Makramee, Mosaik, uvm.. Bringt Eure Werke und Ideen mit! - Nächste Termine: Montag, 13. November & Donnerstag, 14. Dezember jeweils von 15:00 – 18:00 Uhr

Patchwork & Quilten: Hierbei wollen wir uns über traditionelle und moderne Patchwork-Arbeitstechniken austauschen, gemeinsam Nähen und Quilten. Bringt Eure Patchwork-Projekte, Nahutensilien und Nähmaschine mit! - Nächster Termin: Samstag, 9. Dezember von 14:00 – 17:00 Uhr

Orga-Treffen der Wohnprojekt-Gruppe Celle: Immer am zweiten Mittwoch im Monat von 18:00 - 20:00 Uhr - Nächster Termin: Mittwoch, 13. Dezember // Kontakt: gemeinsamwohnen@celle-wird-jung.de

Workshop: Mama & Kind Herbst Special - mit Gelassenheit durch den Herbst // Workshop-Inhalt: Vertrauensbung & Meditation; Anmeldung per Mail oder telefonisch, Plätze begrenzt, kostenfrei, Spenden erwünscht // Samstag, 25. November um 15:00 Uhr

Workshop: Kinder-Weihnachtszauber // Workshop-Inhalt: Bewegung & Achtsamkeitsbung & Fantasiereise; Anmeldung per Mail oder telefonisch, Plätze begrenzt, kostenfrei, Spenden erwünscht // Sonntag, 17. Dezember um 15:00 Uhr

Kontakt Solidarische Initiative Neuenhusen

Mail: neuenhaeusen@riseup.net

telefonisch: 0157 53208878

Homepage: <https://neuenhaeusen.noblogs.org/>

Instagram: [@sineuenhaeusen](https://www.instagram.com/sineuenhaeusen)

Stadtteiltreff Neuenhusen, Emigrantenstrae 1

Austauschtreffen für Alleinerziehende

Nicole Stäglich und Manuela Mast kennen die Herausforderungen im Alltag von Alleinerziehenden, da sie selbst Kind(er) allein erziehen. Genau aus diesem Grund laden die beiden ins DIE LINKE Büro, Neustadt 52, 29225 Celle jeden 1. Mittwoch im Monat von 16 bis 17.30 Uhr ein. Diese Treffen bieten einen Ort des netten Austauschs, Plausches, Spieles, Bastelns oder Infos zu verschiedenen Themen.

Mögliche Themen: Mehrfachbelastung durch Beruf und Kind sowie staatlich verordnete und wirtschaftlich erarbeitete Kinderarmut stellen einen starken wirtschaftlichen Überlebenskampf dar. Aber auch stigmatisierende Rollenbilder und die fortwährende Betreuungsunsicherheit bei ehrenamtlichem Engagement sind ihnen durchaus bekannt. Die Entscheidung als Alleinerziehende/r den Weg eines Heranwachsenden zu begleiten, ist selten leichtgefallen. Es gibt unterschiedliche und doch belastende Hintergründe für diese Entscheidung.

Das Ziel dieser Treffen ist gemeinsam in den Austausch zu kommen, sich gegenseitig zu unterstützen und der eigenen Einsamkeit zu entfliehen. Die beiden sind sich sicher, dass es gemeinsam für alle angenehmer, unterhaltsamer und leichter ist, den Weg der Heranwachsenden gemeinsam zu unterstützen. Wer Unterstützung sucht, gern sich mal entlasten und austauschen möchte, ist herzlich eingeladen. Das Treffen folgt keiner festen Regie, sondern entwickelt sich anhand der Teilnehmenden. Und ganz wichtig: Kinder sind ausdrücklich erwünscht!



Revista Minigolf Open mit Rekord-Zahl

23 Teilnehmende: neuer Rekord; ob die neun Asse, mit denen Conrad bei seinem erstmaligen Antritt den Pokal holte, rekordverdächtig sind, muss die Jury noch prüfen – seine „13“ auf den ersten 9 Bahnen dürften es sein.

Bei absolutem Tropenwetter blieben die Ergebnisse ein bisschen hinter den Erwartungen zurück. Dem Überraschungssieger mussten sich die Vorjahrschampions Ewu, Deti und Moni beugen. Wieder mal unter den ersten Fünf: Karl.

Das Siegerfoto hat drei Überraschungen: Johannes (links) war zwar nur Neunter, darf hier aber den Pokal halten --- für Conrad (rechts), in der Mitte Anne, die „Damenbeste“ (wie die Schützen zu sagen pflegen). Johannes wäre dann der „Ratskönig“, denn ihn sehen wir ja nicht nur – wie Anne – hinterm Morlock-Tresen, sondern auch für die Partei DIE PARTEI im Stadtrat (und Kreistag). Und Conrad, auch darauf sei hingewiesen, moderiert u.a. das Stadtfest. Kurzum: Auch viel Prominenz am Start diesmal.

1. Conrad (36), 2. Deti (39), 3. Anne und Ewu (40), 5. Karl (43), 6. Holger (44), 7. Üppi (45), 8.) Moni (46), 9.) Johannes (47), 10. Karsten und Heide und Matze (48), 13. Uschi und Toni (52), 15. Sabine (57), 16. Birthe (59), 17. Matze (62), 18. Noah (63), 19. Emmi (83), 20. Grete (89), 21. Carsten (115), 22. Heiko (117), 23. Stefan (123).

LICHTER DEMONSTRATION
25.11.23 START 17 UHR AM
GERTRUD-SCHRÖTER-PLATZ
(EHEMALS THAERPLATZ)
CELLE

INTERNATIONALER TAG GEGEN GEWALT AN FRAUEN
STOPPT PATRIARCHALE GEWALT!

GEW
RIFERENARI
- LATERNEN BEI SONNENLICHT
- PLAKATE UND SCHILDER
- LAUTE STIMMEN GEGEN UNRECHTIGKEIT

GEMEINSAM GEGEN FEMINIZIDE UND SEXUALISIERTE GEWALT!



Kino 8 ½ im Nov./Dez.

Fr., 17. & Sa., 18. November, jeweils 20.30
und Mi., 22. November, 19.30

Ingeborg Bachmann – Reise in die Wüste

Als sich Ingeborg Bachmann (Vicky Krieps) und der Schweizer Schriftsteller Max Frisch (Ronald Zehrfeld) 1958 in Paris begegnen, ist es der Anfang einer leidenschaftlichen und zerstörerischen Liebesgeschichte. Vier Jahre lang führen beide eine aufreibende Beziehung, die in Paris beginnt und über Zürich nach Rom führt. Doch künstlerische Auseinandersetzungen und die verschlingende Eifersucht von Max Frisch beginnen die Harmonie zu stören und treiben Ingeborg Bachmann langsam in den Zusammenbruch. Auch Jahre später lässt Ingeborg Bachmann die Erinnerung an ihre Liebe zu Max Frisch nicht los. Bei einer Reise in die Wüste Ägyptens versucht sie, ihre Beziehung zu Max Frisch zu verarbeiten und sich langsam davon zu lösen.

Schweiz/Österreich/Deutschland/Luxemburg 2023 | 111 Minuten

Do., 23. November, 19.30

Vergiss Meyn Nicht

Im Zuge der klimapolitischen Proteste gegen die geplante Rodung des Hambacher Forstes dokumentierte der Filmstudent Steffen Meyn 2018 den Kampf der Aktivisten mit seiner 360-Grad-Helmkamera und kam dabei durch einen Sturz ums Leben. Der von Freunden und Kollegen des Verunglückten teils mit dessen Bildmaterial gefertigte Dokumentarfilm bettet Meyns Aufnahmen in eine Erzählung über die Grenzen und Notwendigkeiten des Protests ein.

Deutschland 2023 | 102 Minuten

Fr., 24. & Sa., 25. November, jeweils 20.30
und Mi., 29. November, 19.30

The Lost King

In einer Phase persönlicher und beruflicher Krisen stößt eine Britin auf Hinweise, dass die Todesumstände des als Tyrann verschrienen Monarchen Richard III. anders als in der anerkannten Geschichtsschreibung sein könnten. Mit viel Elan geht sie daran, das Grab des Königs zu finden, wobei ihr Historiker und Archäologen mit Skepsis begegnen. Das auf der Geschichte der Amateurhistorikerin Philippa Langley beruhende komödiantische Drama setzt auf eine spannende Geschichte und eine universale Botschaft gegen die Voreingenommenheit. Der versiert inszenierte Unterhaltungsfilm nimmt dabei ganz die Position der

Hauptfigur ein und lockert ihren Kampf für ihre Überzeugung mit verschmitzten Einfällen auf.

Großbritannien 2022 | 109 Minuten

Mo., 27. November, und Do., 30. November, 19.30

Vermeer – Reise ins Licht

Im Frühjahr 2023 öffnet das Rijksmuseum in Amsterdam seine Tore für die größte Vermeer-Ausstellung der Geschichte. Drei Tage nach Eröffnung waren alle 450.000 Karten für die Ausstellung im Rijksmuseum in Amsterdam ausverkauft! Das Interesse ist weltweit enorm. Hier kommt die ausgebuchte Ausstellung zu uns auf die Kinoleinwand. Die große Retrospektive in Amsterdam präsentiert eine Reihe von Leihgaben aus aller Welt und versammelt Vermeers bekannteste Meisterwerke, darunter Mädchen mit dem Perlenohrring, Der Geograph, Dienstmagd mit Milchkrug, Straße in Delft, Briefschreiberin und Dienstmagd sowie Frau mit Waage. Der neue Film der Reihe Exhibition on Screen lädt uns zu einer exklusiven, vom Direktor des Rijksmuseums und dem Kurator begleiteten Besichtigung der Ausstellung ein – eine wirklich einmalige Gelegenheit!

Niederlande 2023 | 79 Minuten

Fr., 01. & Sa., 02. Dezember, jeweils 20.30
und Mi., 06. Dezember, 19.30

The Quiet Girl

Als erneut Nachwuchs ins Haus steht, wird ein von der Familie vernachlässigtes irisches Mädchen über die Sommerferien zu Verwandten geschickt. Dort erfährt es eine Wärme und Zuneigung, die es aus ihrer schmerzhaften Erstarrung befreien. Und doch gibt es auch in der Idylle der irischen Provinz Schmerz und Verlust. Der leise, zurückhaltende Film über eine Kindheit und die Poesie eines Sommers benötigt nur wenige Dialoge und nähert sich mit sensibler Bildsprache der Wahrnehmung seiner Hauptfigur an. Wohltuend unaufdringlich fügt das Drama dem Kino eine seltene Erzählung über die Perspektive eines jungen Mädchens hinzu.

Irland 2022 | 96 Minuten

Fr., 08. & Sa., 09. Dezember, jeweils 20.30
und Mi., 13. Dezember, 19.30

Ein ganzes Leben

Andreas Egger ist ein richtiger Naturbursche und verbrachte sein ganzes Leben in einem abgelegenen Tal. Beruflich schloss er sich einem Bautrupp an, er brachte in die ländliche Gegend die Elektrizität. Auch seine Liebe fand er auf dem Land, doch das Glück ging schnell wieder auseinander. Als Andreas die letzten Schritte seines Lebens geht, wird er Marie wiedersehen. Verfilmung des gleichnamigen Romans vom österreichischen Schriftsteller Robert Seethaler.

Deutschland/Österreich 2023 | 115 Minuten

Mehr unter

www.kino-achteinhalb.de